

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 25 (1911)

143 (22.6.1911)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-556450](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-556450)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Redaktion und Haupt-Expedition Petersstraße 20/22. Fernsprecher-Ausschluß Nr. 58. Amt Wilhelmshaven. — Filiale: Mienenstraße 21. Fernsprecher 530.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementpreis bei Vorausbezahlung für einen Monat einchl. Briefporto 75 Pfg., bei Selbstabholung 65 Pfg., durch die Welt bezogen vierteljährlich 2,25 RM., für zwei Monate 1,50 RM., monatlich 75 Pfg. einschließlich Postgebühren.

— Mit —
Sonntagsbeilage.

Interesse die fünfgepaltene Korpusgilde oder deren Kamm für die Inserenten in Rüstingen-Wilhelmshaven u. Umgegend, sowie der Aktionäre 15 Pfg. für sonstige auswärtige Inserenten 20 Pfg.; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Wollen Inserenten aus kleineren als der Grundgröße gesetzt werden, so werden sie auch nach letzterer berechnet. Postamtliche 50 Pfg.

25. Jahrgang.

Rüstingen, Donnerstag den 22. Juni 1911.

Nr. 145.

Die Nationalliberalen und das preussische Wahlrecht.

Die nationalliberale Partei ist seit langer Zeit die personifizierte politische Charakterlosigkeit. Sie fällt rechts, sie fällt links, sie verlegt heute, was sie gelten auf den Schild gehoben, das alles war man an ihr gewöhnt. Auch daß sie zu rechnen versteht, und die liberale Gesinnung nicht selten hinter Geschäftsrücksichten zurückstellt, ist nichts neues. Und doch, man kann die Werthung der Nationalliberalen noch so tief herabschrauben, man wird doch mit jedem Tage aufs neue entdecken, daß man sie noch zu hoch bewertet hat. In der Nr. 308 der „Magdeburgerischen Zeitung“ vom 20. Juni beschäftigt sich ein Leitartikel mit dem Wahlrecht in Preußen. Die Frage der Wahlrechtsreform in Preußen erscheint diesem nationalliberalen Blatt als günstige Gelegenheit, sich den Konserwativen und der preussischen Regierung wieder einmal unentbehrlich zu erweisen. Um den Preis der Gesinnungshumperei in dieser Frage ist vielleicht ein Teil des Einflusses zurückgeholt, der beim Bruch des Blöck-Blockes verloren gegangen ist.

Das Blatt gibt zu, daß die Einführung des gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts in Elsaß-Lothringen eine verhängnisvolle Agitation für das preussische Wahlrecht zur Folge haben muß. Der Sozialdemokratie nimmt es eine Agitation in diesem Sinne auch nicht weiter übel. Dagegen verurteilt das nationalliberale Organ, dem Fortschritt so viel geschäftliche Klugheit eingepaukt, um auf alle Prinzipien zu verzichten und mit den Nationalliberalen gegen die Sozialdemokratie Front zu machen. Hier ist diese für den Liberalismus der Nationalliberalen so charakteristische Stelle aus dem Artikel der „Magdeburgerischen Zeitung“:

„Für die Sozialdemokratie bedeutet zweifellos die Einführung des Reichstagswahlrechts für die Landtage die Eroberung zahlreicher Mandate auch in den Reichstagen. Weniger verhängnisvoll bleibt noch wie vor die freisinnige Begeisterung für die Einführung des Reichstagswahlrechts in die Landtage, weil für den Freisinn und seinen Wandelhaftigkeit in den Landtagen die Einführung des allgemeinen, geheimen, direkten und direkten Wahlrechts höchstwahrscheinlich nur die Abkündigung durch die Sozialdemokratie bedeuten wird. Es ist auch ganz zweifellos feststehende Tatsache, daß mindestens die Hälfte der freisinnigen Wähler gänzlich daran denkt, einer solchen Selbstentwürdigung der Partei zuzustimmen. Was die Fraktion der fortschrittlichen Volkspartei bewegen mag, an der Forderung des Reichstagswahlrechts für Preußen festzuhalten, dürfte in der Konkurrenz mit der Demokratie, in dem alten Beharren auf doktrinarischen Ideen und schließlich in der Hoffnung, durch eine „populäre Forderung“ neue Anhänger zu gewinnen, zu suchen. Nach außen aber werden durch solches Verhalten die Grenzlinien zwischen Sozialdemokratie, Demokratie und entschiedenem Liberalismus mehr und mehr verwischt.“

Nach dieser Behauptung der Fortschrittler geht die „Magdeburgerische Zeitung“ an den Handaband. Der Kampf gegen den unerträglichen Druck der Agrarkonserwativen sei nur zu leicht geeignet, auf die große Masse sinnewerrend zu wirken. Nicht anders könne man die Hebung des Führers des Handabandes auf der großen Berliner Tagung bewerten werden:

„Die entschlossene Rücksichtslosigkeit, die hier geteilt wird, um den Kampf gegen rechts durchzuführen zu können, jede Hilfe von links bis zum extremen Extrem anzunehmen, ist nur eine klangvollere Aufnahme des alten Wortes: Den Teufel mit Belzebub zu vertreiben. In einer solchen Kampfstellung ist freilich kein Platz für die nationalliberale Partei. Das muß mit aller Entschiedenheit und Klarheit ausgesprochen werden.“

Es ist sicher wahr, daß das egoistische Verhalten der Konserwativen ihre Vereinigung mit dem Zentrum tiefste Bestimmung in die Reihen der Wähler getragen und manchen weiter nach links gedrängt hat, als er sonst stehen wollte. Es ist gar kein Zweifel darüber, daß die künftige Reichstagswahl zu scharfer Auseinandersetzung mit den Konserwativen führen muß. Aber an der eigentlichen grundsätzlichen, tief innerlichsten Kampfstellung gegen die Sozialdemokratie kann darum und darf nicht getüfelt werden.“

Soweit die mehr theoretischen Betrachtungen des nationalliberalen Organs. Und nun kommt die Kubanwendung auf das preussische Wahlrecht. Nach der „Magdeburgerischen Zeitung“ muß die nationalliberale Partei in den Kampf ums preussische Wahlrecht bewilligen, daß sie unerträglich durch Forderungen und Drohungen auf ihrem Standpunkt verharren, daß sie die Mittelpartei ist ohne entschlossene Rücksichtslosigkeit, aber mit fester Beharrlichkeit.“ Bei

dieser Stellung werde die nationalliberale Partei weiter fordern, daß das alte preussische Landtagswahlrecht „mit seinen Ungerechtigkeiten und Härten“ schwinden müsse;

„Aber auch daran darf die Partei keinen Moment Zweifel aufkommen lassen, daß sie sich der Uebertragung des Reichstagswahlrechts, so unantastbar es ihr für das Reich ist, auf Preußen unbedingt widersetzen wird. Jetzt mehr wie je tut eine ungewöhnliche klipp und klare Stellungnahme zum Wahlrecht bitter not. Wer Land und Leute in Preußen kennt, der weiß, daß die weiten Schichten gerade des erwerbsfähigen Mittelstandes auf solche Stellungnahme warten. Kreise, die nicht mehr das alte Wahlrecht haben wollen, . . . die aber niemals für Uebertragung des Reichstagswahlrechts sind. . . Schon einmal nach der Reichsfinanzreform war die Situation so, daß weite Kreise von den Konserwativen sich abgestoßen fühlten und den Mittelparteien zuzueilen; Kreise, die wieder ruhig wurden durch eine Haltung, die zu sehr nach links drängte. Verfügen wir die Gelegenheit nicht zum zweiten Mal.“

Politische Rundschau.

Rüstingen, 21. Juni.

Jahressteuern.

Jüngst brachte der „Berliner Volksanzeiger“ die Nachricht, daß dem nächsten Reichstag eine Vorlage zur Reform der Jahressteuern vorgelegt werden solle, die auch die vierte Wagenklasse der Besteuerung unterwerfen werde. Anfangs dachte man diese Meldung vielleicht immer noch für eines jener Verlegenheitsprodukte halten, mit denen die großen Berliner Nachrichtenblätter ihre Spalten in sommerlicher Zeit zu füllen pflegt. Jetzt aber ist die Mitteilung des „Volksanzeigers“ in der „Nordd. Allgem. Zeitung“ demontiert worden, und da wird man schon annehmen müssen, daß die Sache ihre Realität hat. Denn in Preußen-Deutschland gibt es keine Steuer, deren Einführung nicht, bevor sie erfolgt, demontiert worden ist. Selbst bei den Hottentottenwahlen, die das Beispiel zur schwarz-blauen Reichsfinanzreform bildeten, hatten die Offiziellen die Dreifachheit, zu verhindern, daß die Nachricht von geplanten neuen Steuern eine „Erfindung“ sei. Wenn jetzt die „Nordd. Allgem. Zeitung“ die Meldung des „Volksanzeigers“ als „müßige Kombination“ bezeichnet, so kann der erfahrenere Leser nur verständnisvoll sagen: „Also doch!“ Die neue Jahressteuer wird schon demontiert, es kann nicht mehr lange dauern, bis sie da ist.

Der Regierung kann es freilich nicht angenehm sein, wenn ein noch Nachrichten hunsriges Blatt die Geheimnisse der Reichsfinanzsätze so auf offenem Markt auskramt. Nicht viel mehr als ein halbes Jahr trennt uns noch von den Wahlen. Die Antänkung neuer Steuern verstärkt die Mißstimmung, vermindert die Lustigkeit ihrer Durchbringung, veranlaßt die Bindung sowohl vieler Kandidaten gegen die neuen Steuerpläne. Unter solchen Umständen muß es schon als ein Akt ungewöhnlicher Ehrlichkeit betrachtet werden, wenn das Regierungsbüro seine Ablehnung so behutsam formuliert, daß für die Zukunft alle Hinter- und Vorderfüßen angezogen offen bleiben.

Nach dem „Volksanzeiger“ soll die geplante Reform im Wesentlichen darin bestehen, daß man die Steuern für die Jahresarten erster Klasse wesentlich herabsetzt und den dadurch entstehenden Ausfall durch eine entsprechende Erhöhung der Steuern für die zweite und dritte Klasse, vielleicht auch durch die Einführung einer möglichen Steuer für die vierte Klasse auszugleichen versuchen wird.

Was die „Nordd. Allgem. Ztg.“ gegen diese Nachricht auszuführen hat, liegt, bei Nicht-Verstehen, einer Bekämpfung ähnlicher als einem Demont. Denn das ganzoffizielle Blatt weiß sich gegenüber dem halböffentlichen Scheit-Organ nur auf zwei Neben des Eisenbahnministers zu berufen, die zwar auf eine geplante Reform hinweisen, aber ihren Inhalt aber nichts Bestimmtes mitteilen. Dem wird hinzugesagt, daß sich selber an der Sachlage nichts geändert habe.

Was aber hat Herr v. Brettenbach in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses erklärt? Die erste Klasse sei überaltert, infolgedessen habe eine Abwanderung in die unteren Wagenklassen stattgefunden, es sei daher nötig, einem Ausgleich unter den Steuerträgern die 3. Klasse zu machen (d. h. also, die 1. Klasse zu entlasten und den beiden folgenden Klassen mehr Steuern aufzubürden). Ueber die 4. Klasse sagte dann der Minister allerdings im Plenum, die Reformbestrebungen, die von Preußen ausgingen und von den übrigen deutschen Bahnverwaltungen geteilt würden, gingen dahin, die 4. Klasse unbettert zu lassen.

Nach den Erklärungen, die man in den letzten Jahren gemacht hat, muß man in deutschen Landen den Nation

mit der Katene suchen, der auf solche Regierungserklärungen etwas gibt. Gewiß, „die Befürchtungen gehen dahin“, die 4. Klasse nicht zu besteuern, aber solche gut gemeinte Bestrebungen können scheitern, man kann sich mit dem üblichen blutenden Herzen von ihrer Unmöglichkeit überzeugen lassen, und dann ergeht eben wieder einmal an die Verurteilten im Lande der Ruf, die Taschen aufzumachen und für das Heil des Vaterlandes zu bezahlen. So ist es ja bisher noch immer gewesen, und noch ist im Betrieb der deutschen Reichspolitik nicht die entscheidende Wendung eingetreten, die uns die Gewißheit gibt, daß es in Zukunft anders sein wird.

Diese Wendung erhoffen und erwarten wir von den Reichstagswahlen des kommenden Jahres, und gerade weil man sie auf der anderen Seite fürchtet, läßt man Hals über Kopf alles demontieren, was geeignet ist, den Wählern die Augen zu öffnen. Diese werden sich aber in ihrem Bestreben, neue indirekte Belastungen der breiten Massen abzuwehren, nicht auf die Glaubhaftigkeit offizieller Demonts verlassen, sondern einzig und allein auf die Stärke der sozialdemokratischen Fraktion.

„Leichenbeseitigung“ in Preußen.

Mit 90 gegen 84 hat nun auch das preussische Haus der Deputierten und Erlautes den Gesetzentwurf über die fakultative Leichenbeseitigung seine Zustimmung erteilt. Die äußerst ruhige, an unerschütterlichem Humor überreiche Debatte erbrachte den deutlichen Beweis, daß das Haus mit seinem Herzen gegen die Vorlage war. Trotzdem ist sie angenommen worden, wie auch früherzeit das Entgegengegesetzte und manche andere Regierungsvorlage, die dem Herrenhaus gegen den Strich ging.

Im Abgeordnetenhause waren bekanntlich die Stimmen der Sozialdemokraten nötig, um der Regierungsvorlage zum Siege zu verhelfen, ohne Liebknecht und Wolff Hoffmann wäre es nun und nimmer gegangen. Und jetzt hat das Herrenhaus — Schmach und Gram — dem Gesetzentwurf zugestimmt, den die Regierung, um im Stil der „Neuzeitung“ zu sprechen, „als Geschenk aus den Händen der Umsturzpartei entgegengenommen hatte“. Regierung, sozialdemokratische Landtagsfraktion und preussische Herrenhausmehrheit gegen den Kardinal Bischof, den Feldmarschall Grafen Haeferl und den Oberhofprediger Brander — nun sieht die schwarzweiße Welt wohl nicht mehr lange! Trotz der eindringlichen Mahnung des Adliger Kirchenfürsten, man möge auf diese Weise die Parteierleichtungen, die an den Fundamenten des Staates und der Kirche graben, 90 gegen 84 Stimmen!

Die Mehrheit des preussischen Herrenhauses, vereint mit Liebknecht, v. Dallwitz und Wolff Hoffmann gräbt an den Fundamenten von Staat und Kirche.

In der Debatte prägte der Staat und Kirche untergrabende Polizeiminister, der weder von Leichenbeseitigung noch von Leichenverdrümmung sprechen wollte, das herrliche Bureaufrauentwort von der „Leichenbeseitigung“, (welche sowohl im Wege des Verbrennens wie auch des Begrabens erfolgen kann). Jetzt, nachdem dem der Sieg der Flamme — allerdings fakultativ und auch nur mit den bescheidenen Kartellen entschieden ist, bleibt dem preussischen Dreiflassenhaus nebst seinem persönlichen Anhängel in der Leipzigerstraße nur noch eins zu tun übrig, nämlich den eigenen Leichnam zu beseitigen.

Das preussische Abgeordnetenhause

erlebte am Dienstag das Ausführgesetz zum Viehsteuergesetz in zweiter Lesung. Aus der mehrstündigen Debatte ist nur hervorzuheben, daß alle Anträge, die von unseren Genossen zu Gunsten der kleinen Viehbesitzer gestellt wurden und die Genosse Demont unter wiederholten Wutausbrüchen der Junker begründete, abgelehnt wurden. Selbstverständlich erklärte die Regierung, daß sie alles mögliche tun werde, um die Agrarier zufriedenzustellen.

Am Schluß der Sitzung gab es eine umfangreiche Geschäftsordnungsdebatte, die durch einen Antrag des konserwativen Führers v. Pappenheim hervorgerufen war, das Groß-Berliner Zweidreiergesetz schon am Mittwoch zu behandeln. Dieser Antrag wurde schließlich, da sich nur das Zentrum für ihn aussprach und alle anderen Parteien dagegen, zurückgezogen. Genosse Hirsch stellte den Antrag, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung den freisinnigen Wahlrechtsantrag zu stellen, welchem Verlangen sich dann auch der freisinnige Reichsminister anschloß. Dieser Antrag wurde aber gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Polen und Freisinnigen abgelehnt; den Nationalliberalen schloß es an Mut, für die baldige Verhandlung des Wahlrechtsantrages einzutreten. Am Mittwoch soll das Viehsteuergesetz in dritter Lesung erledigt werden; außerdem stehen kleinere Vorlagen auf der Tagesordnung.



Deutsches Reich.

Berlin, 21. Juni. Gestern begann im Reichsamt des Innern die Konferenz der sozialpolitischen Abteilung mit Referenten sämtlicher Bundesregierungen zur Durchführung der Reichsversicherungsordnung. Die Konferenz wird voraussichtlich mehrere Tage in Anspruch nehmen. In erster Linie handelt es sich um die Organisation der neuen Versicherungsbehörden. Außerdem werden gemeinsame Grundzüge für die Reorganisation der Krankenkassen, die Abgrenzung der Bezirke für die einzelnen Kassen, Orts- und Landkrankenkassen, aufgestellt werden.

Kein obligatorischer Religionsunterricht in den preussischen Fortbildungsschulen. Die Kommission für das Pflichtfortbildungsschulwesen im preussischen Landtage hielt am Dienstag vormittag die zweite Sitzung des Gesetzentwurfes über Ausdehnung des Fortbildungsschulunterrichts ab. Der Handelsminister erklärte, das Gesetz werde für die Regierung unannehmbar, wenn die Forderung auf obligatorische Einführung des Religionsunterrichts und die Beteiligung der Geistlichen an der Schulaufsicht sowie die Unterstellung der Fortbildungsschulen unter das Kultusministerium bestehen bliebe. Der Finanzminister sagte hinzu, daß das Gesetz auch dann unannehmbar sei, wenn vom Staate ein höherer Zuschuß als 8 Mark pro Kopf verlangt werde. Nach diesen kategorischen Erklärungen führten die Konfessionsparteien nur noch eine Klageinstanz an, indem sie verlangten, daß die Unterrichtsverwaltung auf städtischer und religiöser Grundlage erziele und die Möglichkeit geschaffen werden müsse, daß durch Ortsstatut der Religionsunterricht fakultativ zu den Unterrichtsgegenständen der Fortbildungsschule gemacht werden könne. Mit allen gegen die Stimmen des Zentrums wurde dann die Einführung des Religionsunterrichts bei den Fortbildungsschulen abgelehnt, wozu auch die Beteiligung der Geistlichen an der Schulaufsicht fällt. Der staatliche Zuschuß werde, der Forderung des Finanzministers entsprechend, auf 8 Mark pro Kopf beschränkt.

Kasseltreiben gegen Professor Wilbrandt. Professor Dr. Robert Wilbrandt in Tübingen hat volkswirtschaftliche Vorlesungen herausgegeben, in denen sich in stark verkaufter Form einige sozialpolitische Wahrheiten befinden, die von sozialpolitisch bewanderten Lesern, gleichgültig wie sonst ihre Parteilichkeit ist, schon längst nicht mehr bestritten werden. Es kommen dabei Selbstverständlichkeiten in Betracht wie diese: Arbeitlosigkeit, Elend, Bettel, Verbrechen und Prostitution sind notwendige, periodische Begleiterscheinungen der kapitalistischen Arbeiterbeschäftigung und Entlassung; die Arbeitslosigkeit wächst bei steigender, nimmt aber bei sinkender Konjunktur ab; der Arbeiter hat, um seinen Lohn zu fristen, nichts als seine Arbeit, er muß arbeiten, wenn er leben will; der Arbeiter ist deshalb vollkommen abhängig vom Kapital und muß sich sein ganzes Arbeitsleben dem Arbeitgeber so einrichten, vorzeichnen, befehlen lassen, daß für letzteren dabei immer eine Vermögenserweiterung herauskommt. Und so weiter. Daß diese Sätze nun aber von einem ordentlichen Professor ausgesprochen werden, das hat die reaktionäre Presse in eine tolle Wut versetzt, und sie ruft unablässig nach der Polizei, die den Mann schlemmt beim Stragen nehmen und aus seinem Staatsamt herausbescheiden soll. Vor einigen Tagen war es die „Kreuzzeitung“, die den Professor Wilbrandt den Bekleidern denunzierte, jetzt ist es die „Deutsche Tageszeitung“, die in ihrer Nummer vom 19. Juni das würdige Denunziantenbündel fortsetzt. Ein Dr. Bünting-Berlin widmet unter der Ueberschrift „Fortgeschritte der Sozialdemokratie“ dem Wilbrandtschen Buche einen ganzen Artikel. Daß Bünting wirtschaftlich und politisch einen anderen Standpunkt vertritt, wie Wilbrandt, das kann ihn niemand verdenken. Es lohnt auch nicht, sich mit den kindlichen wirtschaftspolitischen Ansichten dieser wissenschaftlichen Größe der „Deutschen Tageszeitung“ zu beschäftigen. Ziefer aber muß es geknigt werden, wenn diese agrarische wissenschaftliche Leuchte von der Regierung verlangt, daß Wilbrandt, der „im staatlichen Auftrag lehrte und in Vorträgen und Schriften sein kommunistische Lehren verbreitete“, schlemmt von seinem Amt entsetzt werde. — Tübingen ist zwar eine universitätsfreie Universität und die Schwaben werden sich von den preussischen Reaktionsären nicht so leicht vornehmen lassen, wenn sie an ihrer Hochschule lehren lassen dürfen. Aber ausgeschlossen ist es trotzdem nicht, daß das Denunziantengericht mit Hilfe der preussischen Regierung noch nach Wilbrandt von seinem Posten bringt. „Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei“, aber nur, soweit sie für Junker, Kapitäne und Regierung Hausrechttsdienste verrichtet.

Gleiches Recht für alle Staatsbürger. In Oldenburg hat der erste Bürgermeisterei, ein Reichsoberbundesangehöriger, den für den 2. Juli geplanten Umzug bei dem Gewerkschaftsfeiern verboten, weil für die Schützengesellschaft am gleichen Tage schon ein Umzug genehmigt war und „bei dem Zusammenreffen zweier großer Veranstaltungen eine Störung der öffentlichen Sicherheit zu befürchten ist.“ Mündlich drohte der Bürgermeister Verbot des ganzen Festes an, wogte aber dann doch nicht, diese Absicht auszuführen. Über er kündigte an, daß er den Marsch einzelner Gewerkschaften zum Festplatz als verbotenen Umzug anfehen werde, was seiner Unparteilichkeit noch ein besonderes Gepräge verleiht.

Die minderjährige „Kassiberin“. In Märzdorf, Kreis Ohlau (Schlesien) fand vor kurzem auf dem Gehöft eines Stellenbesitzers eine sozialdemokratische Versammlung unter freiem Himmel statt. Die jugendliche Enkeltochter des Besitzers bestand läch in der Wohnung, und da ein Fenster offen stand, gingen ein paar Worte des Redners bis in die Stube gedrungen sein. Das Mädchen erlitt darauf einen Selbstmord aber 3 Mal, weil es „als Person unter 18 Jahren an einer politischen Versammlung teilgenommen“ habe. Auch das Schöffengericht hielt eine Unterbrechung des Vereinsgesetzes für vorliegend, ermäßigte aber die Geldstrafe auf 1 M. Der überwachende Gendarm hatte als Zeuge u. a. betandelt, das Mädchen sei ihm trotz seiner Jugend

bereits als „Kassiberin unter den Tabakarbeiterinnen“ bekannt.

Aus den deutschen Kolonien.

Kulturarbeit. Aus Deutsch-Südwestafrika meldet ein Telegramm des Gouverneurs, daß in Bethanien durch Urteil des Gerichts am 6. Juni fünf Behaiher-Hottentotten zum Tode verurteilt und am 12. Juni hingerichtet worden sind, weil sie eine Bande zum Zwecke der Raubtätigkeit aufzubrechen und der Ermordung von Weißen gebildet hatten. Zwei Gewehre mit Munition hatte die Bande durch Diebstahl bereits in ihren Besitz gebracht. — Hossentlich erfährt die Öffentlichkeit bald Näheres über das „Verbrechen“ der Eingeborenen.

Oesterreich-Ungarn.

Die Stichwahlen begannen am Dienstag in ganz Oesterreich. Die Wahlbeteiligung ist sehr hoch. Aus mehreren Städten Böhmens und Galiziens kommen Nachrichten, daß die Bevölkerung sehr erregt sei. Mehrfach ist Militär bereit gestellt, wie auch in Wien. Den Wählern zufolge ereignete sich Montag um Mitternacht in Lemberg nach Verkündung der Wahl des Sozialisten Breiter infolge von Ausschreitungen der Anhänger Breiters vor der Statthalterei Zusammenstöße mit Militär und Polizei, wobei von der Waffe Gebrauch gemacht wurde und 13 Personen verletzt wurden. Aus Sambor wird gemeldet, daß nach Veröffentlichung des Wahlergebnisses die christliche und jüdische Bevölkerung einander angriffen. Das einkreisende Militär ging mit gefälltem Bajonett vor. Mehr Personen wurden verletzt. In der Voogänge in Trohobysch ist die Unterjochung im Gange. Der Zustand mehrerer Verletzten ist lebensgefährlich. Mehr durch Schußwunden erlitten viele ihrer Verletzungen dadurch, daß sie bei der panikartigen Flucht über Boden gestiegen und getreten wurden. Nachts war in Trohobysch Ruhe. Am Dienstag herrschte ungeheure Aufregung. Es wird befürchtet, daß es beim nächsten Anmarsch der Oesterreicher zu großen Demonstrationen kommen wird.

Rußland.

Ein neues Prozeßverfahren gegen den Buchbinder an der Marine-Akademie. Der wegen Verkaufs von geheimen Dokumenten zu 12 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden war, ist jetzt eingeleitet. Der neue Prozeß, worin mehrere Damen der Lebewelt verwickelt sind, verspricht sensationell zu werden.

Korruption. In Moskau begann am Montag ein großer Prozeß gegen Beamte und Offiziere der Militär-intendantur. Die Anklageschrift stellt fest, daß die Mißbräuche besonders in den letzten Jahren zugenommen haben. Die Schmiergelder wurden so groß, daß solide Firmen an den Lieferungen überhaupt nicht mehr teilnehmen konnten. Die Firma Thiel allein hat innerhalb 25 Jahren gegen zwanzig Millionen Rubel an Intendantenbeamten gezahlt.

Türkei.

Das Schicksal des Ingenieurs Richter. Der Raimakan von Glafona erhielt einen Brief, in dem der gefangene Ingenieur Richter steht: Sendet keine Truppen, sondern Lösegeld! Ich leide schwer und werde sicher getötet, wenn meine letzten Herren Straft und Lolo nicht folgendes erhalten: 60000 Pfund, eine große und sechs kleinere goldene Ketten, zwölf Brillantringe und fünf lebensläufige Revolver. — In einem Begleitbriefe drohen die Räuber, den Kopf Richters zu schicken, falls die Verfolgungen andauern sollten. Der türkische Kriegsminister ließ einem Richteraktuar, alle Sorgen seien grundlos, da große Räuber noch keinen Fremden getötet hätten, solange sie hoffen konnten, Geld zu erpressen.

Sina.

Die kürzlich ausgebrochene Revolte in China war nach einer Korrespondenz in elf Provinzen organisiert worden: Kanton, Kuan-Si, Numan, Si-Tschuang, Su-Nan, Hou-Pé, An-Hoé, Kiang-Si, Li-Kiang, Kiang-Sou und Fo-Kian, nämlich Provinzen des Südens. Die Revolte sollte zuerst in Kanton ausbrechen. Die beschlagnahmten Papiere zeigen eine strenge Organisation der Bewegung; große Anschlagzettel sollten die Bevölkerung warnen, die Ausländer anzugreifen. Auch sollten die Mandchus nicht getötet werden, wie es während der vorhergehenden Revolutionen geschah. Man sollte abwarten, ob sie sich gegen die Revolutionäre wenden würden; von diesem Augenblick an seien sie dem Tode geweiht. Die Bewegung war also nicht direkt gegen die Mandchus gerichtet. Die besiegten Städte sollten Kriegsabgaben zahlen. Jeder Einwohner wurde taxiert; das Geld sollte nach sechs Monaten durch die Militärregierung zurückerstattet werden, während man bis zu diesem Datum sechs Prozent auf die geliehenen Summen bewilligte. Auf die Frage, warum man Kanton gewählt habe, wurde geantwortet, daß in Kanton viele Anhänger seien und der Waffenschmuggel sehr leicht sei. Auf die Frage, ob sie durch die Revolution die Regierung zu Reformen zwingen wollten, antworteten die Revolutionäre: Nein, die Regierung zwingt uns durch ihre Scheinreformen zum Aufstand; wir wollen einen gänzlichen Umsturz.

Die Revolte wurde bekanntlich unterdrückt und die meisten Revolutionäre, die bewaffnet gefangen wurden, sind nach dem Kriegsrecht verurteilt und hingerichtet worden. Nach ein 13jähriger Knabe und ein 17jähriger Mädchen sind geköpft worden. Dann erschien eine Bekanntmachung, die die Revolutionäre einlud, sich zu unterwerfen, damit ihnen verziehen werde. Eine Anzahl von Flüchtlingen erschien; sie sind nicht bestraft worden.

Alte politische Nachrichten. Eine monarchistische Versammlung in Südbahar hat von der Regierung unterdrückt worden. — Die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben die Republik Vortugal anerkannt. — Wie aus Bombay gemeldet wird, wurde der englische Steuerminister M. W. Stowe von einem dramatischen Rechtsgelehrten erschossen. Dr. Stowe spielte im vorigen Jahre in dem Prozeß gegen die Wähler von Auticora eine hervorragende Rolle, und man glaubt, daß der Mörder aus diesem Grunde irgend einen Haß gegen ihn hegte.

Gewerkschaftliches.

Die Klemperer befinden sich in Oldenburg i. G. im Streik, Zugang ist daher sehr zu holen.

Der internationale Textilarbeiterkongress in Amsterdam, auf dem 83 Delegierte anwesend waren, beschloß, den nächsten Kongress in England abzuhalten. In einer Resolution erklärte der Kongress sich für eine achtstündige Arbeitszeit in allen Textilarbeiten. Demonstrationen nahmen der Kongress eine Resolution für den Weltfrieden und für internationale Schiedsgerichte an.

Vom internationalen Seemannsstreit. Die englischen Seeleute haben ihre Forderungen auf eine Erhöhung der Gehälter reduziert, und zahlreiche Schiffseigenümer haben in dieser Hinsicht Konzessionen gemacht, so daß am Sonnabend bereits der Verkehr im Londoner Hafen in den nahe gewohnter Regelmäßigkeit sich abwickelte. — In Liverpool wurde der Belog von fünf Schiffen ihre Forderungen bewilligt. — In den Häfen am Firth of Forth hat sich die Lage dadurch zugepunkt, daß über 600 Mann von Dampfern, die in verschiedenen Häfen liegen, die Arbeit niedergelegt haben. In Leith liegen 23 Schiffe still. Weitere Schwerarbeiten werden dadurch hervorgerufen, daß auch die Hafnarbeiter sich dem Ausland angeschlossen haben. — Das Vaden und Röhren der Schiffe ist nicht mehr möglich. — Mehrere Schiffe, die Zuschauer für die am Samstag stattfindende Flottenschau in Spithead aufnehmen sollten, mußten die Fahrt abbrechen.

In Glasgow ist es Montag abend zu ersten Ruhestörungen gekommen. Eine dicke Menge von Seeleuten und Ausländern versuchte sich den Zugang zu dem Ankerplatz der nach Belfast bestimmten Dampfer zu erzwingen, auf denen nicht zur Union gehörige Seeleute eingestellt sein sollten. Die Polizei drängte die Menge zurück, worauf diese die zum Ankerplatz gehörigen Gebäude in Brand steckte. Als die Feuerwehre erschien, versuchten die Ruhestörer die Schläuche zu zerhacken; sie waren mit Gasen und geröteten sich erst, als die Feuerwehre die Schläuche gegen sie richtete.

In Amsterdam haben sich die meisten Seeleute so weit sie nicht in einem Vertragsverhältnis stehen, dem Auslande angeschlossen. — Die Offiziere der englischen Schiffe in Rotterdam erhielten von ihren Redden Anweisung, daß sie als Lohn 4 Mt. 10 Sh. genähren dürfen. Damit sind die Lohnforderungen der englischen Seeleute erfüllt. Infolgedessen konnten die meisten englischen Schiffe mit voller Besatzung in See gehen.

Genossenschaftliches.

Der Zentralverband Deutscher Konsumvereine tagt vom 19.—23. Juni in den Räumen des Volkshauses in Leipzig. Mit der Tagung ist eine Ausstellung genossenschaftlicher Eigenprodukte sowie von Modellen und Abbildungen genossenschaftlicher Betriebe verbunden. Es ist hierin Vorbildliches geteilt worden und es kann nur bedauert werden, daß die große Allgemeinheit nicht die Vorteile dieser Einrichtungen in hygienischer sowie sozialer Hinsicht genießen kann. Es kann der Befehl des Vorstandes des Zentralverbandes nur gebilligt werden, der eine Besichtigung der Hygiene-Ausstellung in Dresden ablehnte, nachdem den Genossenschaften das Recht nicht zugestanden war, auf dieser Ausstellung auch die Schattenseiten der Heimarbeit der Öffentlichkeit zu unterbreiten. — In der Erdbildungsanfrage wurde mit Recht von dem Geschäftsführer der Großhandelsgesellschaft Deutscher Konsumvereine zum Ausdruck gebracht, daß die Genossenschaften folgender die Pflicht hätten, ihre Einrichtungen und Produktionsweisen der Öffentlichkeit zur Schau zu stellen, schon wegen des agitatorischen Wertes und weil sie Vorbildlich seien.

Der Genossenschaftstag wurde am Montag eingeleitet durch einen wohlgeleiteten Vortrag des Arbeitergefangenenvereins Leipzig und durch eine Begrüßungsansprache des Vorstehenden Radeb.-Dresden, worin dieser auf die außerordentlich hohe Delegiertenzahl in diesem Jahre (ca. 800) hinwies, was ein großes Interesse bezeugte. Er wies weiter auf die vorbildlichen Einrichtungen des sitzenden Vereines, des Leipzig-Plagwitzer Konsumvereins hin, der in den 26 Jahren des Bestehens bis 174 Millionen Mark Ware umgesetzt und im verflochtenen Geschäftsjahr bei einem Mitgliederbestand von 45111 einen Umsatz von beinahe 19 Millionen Mark erreicht hat. Der Verein besitzt 90 Verkaufsstellen und in den Betrieben des Vereines sind 1214 Personen beschäftigt. Als Entgelt dafür, daß die Arbeiter beschäftigt und infolge ihrer Masse in der Lage waren, solche imponierende Einrichtungen zu schaffen, forderte „Vater Staat“ im letzten Jahre von ihm 178316 M. Steuern.

Von ausländischen Delegierten resp. Gästen waren vertreten der britische Genossenschaftsbund sowie die britische, schottische und dänische Großhandelsgenossenschaft, ferner Vertreter aus Holland, der Schweiz, Schweden und Ungarn. Von den Genossenschaften waren Vertreter der Transportarbeiter, Bäcker, Lagerhalter und Handlungsgeschäftsorganisationen und von der Generalkommission der Genossenschaft umwesend.

Arnold, Geschäftsführer des Plagwitzer Konsumvereins, wies darauf hin, daß der Verein keine plötzliche Entwicklung der eigenen Kraft der Arbeiter verdanke. Als Vertreter der Generalkommission begrüßte Umbreit die Genossenschaftler im Auftrag der Genossenschaften. Kaufmann, Generalsekretär des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine, referierte über den Beitritt des Verbandes zum Internationalen Genossenschaftsbunde. Bis her waren die einzelnen Konsumvereine verpflichtet, ihren Beitritt zum Bunde zu erklären. Durch die auf dem letzten Internationalen Genossenschaftstag in Hamburg beschlossene Resolution ist eine wesentliche Veränderung eingetreten. Durch den Beitritt des Zentralverbandes sind nun sämtliche dem Verbande angehörende Vereine dem Bunde angeschlossen. Die einzelnen Vereine haben keine Beiträge zu entrichten; die 6000 M. Kosten des Beitritts des Zentralverbandes werden vom Zentralverbande selbst getragen, dessen Finanzen



durchaus geordnet sind. Eine entsprechende Resolution wurde einstimmig angenommen.

Nach diesen einleitenden Verhandlungen wurden die Hauptpunkte der Tagesordnung in Angriff genommen.

Locales.

Rüstringen, 21. Juni.

Die Ursache der Fleischmangel.

Die Behauptung unserer Agrardemagogen, Deutschland könne seinen Fleischbedarf mit Beihilfe aus eigener Produktion decken, erfährt eine drastische Beleuchtung durch die amtliche Statistik über die im ersten Vierteljahr 1911 der amtlichen Schlachtvieh- und Fleischbehalte unterworfenen Tiere. Danach ist mit Ausnahme der Schweine bei sämtlichen Tiergattungen ein Rückgang der Schlachtungen eingetreten, der gerade bei den für die Volksernährung wichtigsten Schlächtereiern, dem Rindvieh und den Schafen, am stärksten war. Und zwar tritt dieser Rückgang nicht erst seit dem vorigen Jahre in die Erscheinung, sondern er läßt sich seit einer ganzen Reihe von Jahren zurück verfolgen. So ist bei den der Behalt unterworfenen Tieren trotz der starken Bevölkerungszunahme — pro Jahr mehr als 850 000 Personen — im ersten Quartal 1911 erst ungefähr die Zahl der Schlachtungen wieder erreicht worden, die bereits der gleiche Zeitraum 1905 aufwies. Dasselbe trifft für Rinder zu und auch alle übrigen Arten von Schlachtvieh bleiben, die Schweine nicht mitgerechnet, hinter den Vorjahrsstand zurück. Ingesamt wurden im ersten Vierteljahr 1911 376 217 Rinder und Rinder weniger der Volksernährung zugeführt, als in demselben Zeitabschnitt des Vorjahres, und sogar noch 30 729 weniger als 1905. Das bedeutet einen ganz gewaltigen Ausfall an Fleischmangel, der auch durch die Zunahme der Schweinefleischmengen nicht ausgeglichen worden ist. Diese haben zwar um 456 609 gegen das Vorjahr zugenommen, wobei aber bedacht werden muß, daß die letzten Jahre schon im Zeichen der Fleischnot standen. Und schon erdüm in der agrarischen Presse allenthalben wieder das alte Klagegedröh über die „niedrigen Schweinepreise“, die die Produktion angeblich nicht lohnen und eine Einschränkung der Schweinezucht notwendig machen. Das bedeutet aber ein weiteres Symptomen der Schweinepreise, die bisher im Kleinhandel noch nicht einmal ein der gesteigerten Produktion entsprechendes Sinken gezeigt haben. Das deutsche Volk wird also in den kommenden Monaten wieder Wucherpreise auf der ganzen Linie zu verzeichnen haben — dank unserer glorreichen Schutz- und Grenzschutzpolitik, die den Agrariern die Taschen füllt und dem Volke die wichtigsten Nahrungsmittel unerschwinglich im Preise steigert. Werden sich nun angehts des unliebsamen Rohstoffes die Regierungen endlich einmal zu einer Tat aufschwingen, die dem Preiswucher radikal ein Ende macht?

Die bisherigen drei Ständesammlungen der Stadt Rüstringen sind nacheinander in dem von der Stadtverwaltung erworbenen Gebäude an der Bismarckstraße in Kopperhöfen vereinigt worden. Es ist dies bekanntlich das Haus, in dem bisher die Wirtschaft „Vergilheimstätte“ betrieben wurde. Alle ständesammlungen Meldungen (Geburten, Ausgehote, Eheschließungen, Todesfälle) sind nacheinander im Kopperhöfener Ständesammlungslokal anzubringen. — Die Räumlichkeiten sind in diesen Tagen nach diesem Lokale verlegt.

Ueber die neue Torpedowerft, die hinter dem Kanal angelegt werden soll, dringen neuerdings wieder Einzelheiten in die Öffentlichkeit. Danach sollen auf dieser Werft reichlich 2000 Arbeiter beschäftigt werden. Auf dem kürzlich von Ringena in Embden gekauften, am Kanal zwischen Vant und Marienfeld belegenen Gelände sollen in nächster Zeit 400 Arbeiterwohnungen vom Bauverein Rüstringen geschaffen werden.

Der Homöopath Hillen von hier war kürzlich vom Schöffengericht in Wilhelmshaven zu 30 Mk. Geldstrafe verurteilt worden, weil er als Nichtapprobierter, der die Heilkunde gewerbmäßig ausübte, in einer Zeitschrift praktische Anweisungen und Liebertrugungen seiner Heilerfolge gemacht haben soll. Er legte Berufung ein. Vor der Strafkammer in Aurich fand eine umfangreiche Zeugenvernehmung statt, bei der die approbierten Ärzte sehr schlecht abschnitten; dem Angeklagten dagegen wurde als Heilkundiger das beste Zeugnis ausgestellt. Das Gericht kam hierauf zur Freisprechung.

Verhaftet wurde im Stadtteil Heppens der Arbeiter W., der infolge eines ehelichen Zwistes seine Frau durch Nevolverschüsse lebensgefährlich verletzte.

Im Adler-Operettentheater wurde gestern abend durch das Michaelsche Operetten-Ensemble die vieraktige Operette „Das Jungfernstück“ zur Aufführung gebracht. Die Operette ist textlich echte Dendwarder; musikalisch sieht sie etwas höher und hat eine ganze Anzahl recht gefälliger Stellen. Der Kern des Textes liegt darin, daß eine Anzahl junger Offiziere in ein Stützgerien, dessen Zöglinge von der Vortheater in der Männerwelt glücklich geführt werden. Gespielt und gesungen wurde recht flott. Besonders beifällig wurden die letzten Akte aufgenommen.

Wilhelmshaven, 21. Juni.

Eine freistimmige Reichstagskandidatur ist für den 2. hannoverschen Wahlkreis nun scheinbar sicher. Die Wdh. Ztg. berichtet aus einer Sitzung des Secretariatsauschusses der fortschrittlichen Volkspartei für Oldenburg-Ostfriesland, der am Sonntag in Oldenburg stattfand: „Die vollzählig erschienenen Ausschusssmitglieder aus dem Wahlkreis Aurich-Wittmund gaben die Erklärung ab, daß in diesem Wahlkreis ein fortschrittlicher Kandidat mit Rücksicht auf die nationalliberale Gegenkandidatur Eiders in Oldenburg aufgestellt werde, daß die fortschrittliche Wahlleitung auf jegliche Beihilfe aus der Zentrale Berlin und der Filiale Oldenburg verzichte und somit aus dem Kompromiß abscheide, zu dem sie früher Beile von der Zentrale eingegeben worden sei. Hierdurch wurde ein Gegenantrag

Tanzen-Regter, die fortschrittliche Kandidatur in Ostfriesland II zu mißbilligen, gegenstandslos. Die Vorverhandlungen über die Kandidatur in Ostfriesland II sind damit im Sinne der fortschrittlichen Wähler und gegen den Wunsch der Zentrale endgültig entschieden.“

Dr. Semler ist nach einer Meldung aus Hamburg schwer erkrankt.

Arbeitermangel. Zum 1. Juli d. J. sollen wieder 96 Mann der Danziger Reichswerft entlassen werden, und zwar 50 Schiffszimmerleute, 4 Zimmerleute, 7 Tischler, 3 Schiffsbauer, 7 Rieger, 2 Stemmer, 11 Helfer und 12 Handlanger. Die Danziger Werft hat bei der hiesigen Werft angefragt, ob die Leute hier untergebracht werden können. Da hier nun zur Zeit eine erhebliche Arbeitsanhäufung besteht und auch ein Arbeitermangel sich bemerkbar macht, so hat die hiesige Werfverwaltung, wie verlautet, sich bereit erklärt, die Schiffszimmerleute, Zimmerleute, Schiffsbauer, Stemmer und Rieger zu übernehmen. Diesen Arbeitern soll die Fahrt dritter Klasse vergütet werden.

Der 36. Verbandstag des Nordwestdeutschen Verbandes Gabelbergischer Stenographen wird in den Tagen vom 8. bis 10. Juli hier stattfinden. Zielort ist das Verti-Spelle- und Erholungsbad. Den Vorsitz im Ehrenauschuss hat Herr Bürgermeister Bartel übernommen. Sonnabend, den 8. Juli, findet die Vertreterversammlung statt. Sonntag, den 9. Juli, finden morgens die Preisreden, mittags die öffentliche Festsammlung, daran anschließend das gemeinsame Festmahl, nachmittags Dampfeschiff nach Emden, abends Langtanzfröhlichkeit. Den Festvortrag hält Herr Dr. Karl Bode aus Darmstadt, Geschäftsführer des Deutschen Stenographenbundes Gabelberger, über das Thema: „Wie kann eine deutsche Einheitssteno-graphie zustandekommen.“ Der Montag, 10. Juli, ist Besichtigungstag. Mit dem Verbandstag verbunden ist eine steno-graphische Ausstellung und eine Ausstellung von mit der Stenographie im Zusammenhang stehenden Gegenständen. Ferner wird gelegentlich des Verbandstags auch eine Geschäftssteno-graphen-Pflichtung abgehalten. Die Vorbereitung zum Verbandstag liegt in vollem Gange. Es ist eine zahlreiche Besuch von auswärts zu erwarten.

Son der Marine. Ein neues Leuchtfeuer wird auf dem Watt bei Schillinghörn errichtet.

Kamerunmel ohne Ende. Ein Kornblumentag will hier am 9. Juli der Vorstand des Reichsriegerverbandes zum Westen hüfbedürftiger Veteranen des Reiches veranstalten. Bettel einmal ein Handwerksbursche und wird dabei erwählt, so flücht er auf acht Tage ins Dach oder kommt gar ins Zwangsarbeitshaus; hier aber wird der Bettel fortgesetzt im Großen betrieben und die zuständige Behörde gibt dazu ihren Segen. Das Schändliche dabei aber ist, daß man den alten Veteranen solche Bettelgebühren anzubieten wagt, anstatt dafür zu sorgen, daß sie an ihrem Lebensabend auskömmlich verpflegt sind.

Zu acht Tagen Gefängnis wurde hier vom Schöffengericht der Hilfsarbeiter T. verurteilt, weil er geteilt hatte. Nach da er während der letzten drei Wochen seine Arbeit nachweisen konnte — in der Gerichtsprache heißt das, er ist „als Landstreicher herangezogen“ —, so wurde er außerdem der Landbespitzel überwiegen; er kommt also ins Arbeitshaus. Punktum!

Die Strandhalle wird am 1. Juli in die Hände des Herrn Agna übergeben. Herr Brand befindet sich nach Eichen bei Aurich über.

Aus dem Lande.

Sande, 21. Juni.

Das Stiftungsfest des Arbeiter-Radsportvereins, das für Sonntag angelegt war, fällt aus. (Siehe Infestat in heutiger Nummer.)

Uningen, 21. Juni.

Wertwirdiger Mißschlag. Am Montag wurden einem Genernann zwei im Stall liegende Röhre durch Mißschlag getötet, ohne daß das Haus in irgend einer Weise beschädigt wurde. Man glaubt, daß der Miß seinen Weg durch den Schornstein an der Wand entlang bis zum Kuhstall genommen hat, dann durch die offene Tür wieder ins Freie gegangen ist.

Kleine Mitteilungen aus dem Lande. Die Bahnverwaltung läßt in W. L. e. l. s. jetzt eine Beschäftigungserlöse. Bis dahin müßten Güter von Feuer aus freigegeben werden. — In der Gegend von B. o. r. a. m. e. r. i. e. l. ging am Montag ein Hagelwetter nieder, das auf den Betriebebesitzer empfindlichen Schaden anrichtete.

Aus aller Welt.

Neuer Flugapparat. Römische Blätter melden, daß der Leutnant Romani einen neuen Flugapparat erfunden hat, der die bisherigen Systeme weit hinter sich lassen soll. Der neue Apparat gestattet dem Flieger, von jedem beliebigen Punkte der Erde und selbst vom Wasser sich zu erheben, ferner kann der Apparat wie ein Fallschirm zur Erde niedergehen, wenn der Motor versagt. Der Leutnant Romani soll von französischer Seite bereits drei Angebote auf seinen Apparat erhalten haben.

Ein Heberfestung. Marine-Oberingenieur Roew ist Montag abend mit Kapitänleutnant Busch auf seinem Freisch-Kumpfer-Eindecker von Sonderburg nach Kiel etwa 90 Km. weit über das Meer geflogen und hat damit einen glänzenden deutschen Rekord aufgestellt. Er blieb bei seinem Flug ständig über dem Lande, das in dieser Gegend nur wenig geeignete Landungsstellen bietet. Ueber dem Kieler Fingeld erreichte er in ziemlich bedeutender Höhe, 800—1000 Meter, die Leistung von Roew ist bisher nur durch den 534 an. Die Leistung von Roew ist russischen Fliegers Itoischin Kilometer langen Flug des russischen Fliegers Itoischin über das Schwarze Meer übertraffen worden. Da Roew für den ganzen Flug von Sonderburg nach Kiel nur eine Stunde gebraucht hat, entwickelte sein Apparat also trotz des beständigen Gegenwindes die bedeutende Geschwindigkeit von über 100 Kilometer in der Stunde.

Vom Kaplan zum Rechtsanwalt. Der durch seine Verweigerung des Antimodernereides und den darauf folgenden Streik der Rurie und dem bayerischen Staatsministerium bekanntgewordene frühere Kaplan Konstantin Wilsand ist unter die Rechtsanwälte gegangen. Er wurde am Ulmer Landgericht vereidigt. Wilsand war schon vor dem Empfang der Priesterweihe im württembergischen Justizdienst tätig.

Spät entdeckter Mord. Großes Aufsehen erregte im vergangenen Jahre in Paris das plötzliche Verschwinden des belgischen Rentiers Vermeisch. Alle angelegten Nachforschungen blieben damals erfolglos. Erst sind die Behörden in den Besitz von Beweismaterial darüber gelangt, daß der Rentier einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist und in der Nähe seiner Villa Vesinet ermordet worden ist.

Familien-drama. Aus Mainz wird geschrieben: Der ledige 48jährige Kaufmann und Galtwirt Heinrich Kolb, der in der Rentengasse zwei Häuser besitzt und die Wirtshaus „Zur Maderhölle“ mit seiner alten Mutter betreibt, geriet in den letzten Jahren ohne sein Wissen in schlechte Vermögensverhältnisse. Das trieb ihn in der Nacht zum Dienstag zum Selbstmord. Er legte sich auf die Erde und atmete durch einen Gummi Schlauch Gas ein. Am Morgen wurde er tot aufgefunden. In einem hinterlassenen Schreiben an seine alte Mutter gab er dieser den Rat, wenn sie ihn in den Tod nachfolgen wollte, aus einem näher bezeichneten Pflanzlichen Pflanz zu trinken. Die alte Frau befolgte den Rat ihres Sohnes. Sie trank von der Pflanzigkeit, erbrach das Gift aber sofort. Sie wurde ins Hospital gebracht und konnte so gerettet werden.

Von einem Brett erschlagen wurde in Berlin ein Straßenwächter, der Kolliere Verstaum. An einem Haupte der Wallstraße war ein Gerüst angebracht. Als Arbeiter darauf beschäftigt waren, stürzte ein Bretende ab und traf den vorbeigehenden W. auf den Kopf. Er starb alsbald an den Folgen eines Schädelbruchs.

Wdtung in den Schwärzbergen. Der frühere Stadtpräsident Schnetler aus Lauscha stürzte bei Soltau ab. Er ist tödlich verletzt. In der Nähe des Dorfes Gletters stürzte ein Engländer ab und blieb mit zerquetsertem Schädel liegen.

Kleine Tageschronik. Vom Miß geschlagen wurde am Sonntag in den Anlagen der Restauration „Zum grünen Wald“ bei Daarburg ein zwölfjähriger Knabe. Vier Kinder wurden bedauert. — Vor den Jag Berlin-Großwilde warf sich am Montag abend ein Mann in mittleren Jahren und ließ sich überfahren. — Ein Stohlenhändler in Berlin, der mit einem Partner aus geringfügiger Ursache in Streit geriet, löste diesen durch zwei Wertschätzungen der Ehre wurde verurteilt. — Geflohen hat sich mit seinem Dienstreisenden in der Wachtstraße der Sergeant Kluge von der 4. Batterie des Artillerie-Regiments in J. e. h. o. — Durch Wirtshaus brannten in dem Dorfe Wante bei Müdn i. L. mehrere Geschäfte nieder. Ein kleines, wenige Wochen altes Kind kam in den Flammen um. — Meldungen aus F. e. i. e. r. i. c. h. a. l. e. n. besagen, daß „Z. L. B.“ festgehalten ist und Sonntag zu einem Verhaftung ansetzen wird. — Infolge des Sturmes am Sonntag stürzte der bei Duisburg aufgebaute J. e. s. t. u. s. K. l. e. p. t. i. n. e. n. Mehrere Personen wurden verletzt. — Durch Vergriffung mit tober Wdh sind in Edinburgh (England) 200 Personen erkrankt. Ein Knabe ist gestorben. — In der Rue la Boétie in Paris fuhr Montag ein Automobildomibus auf das Trottoir in einen Laden, dessen Bodenplatte völlig demoliert wurde. Acht Personen wurden mehr oder minder schwer verletzt.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 21. Juni. Nach der „Charlottenburger Neuen Zeit“ ist gegen die Wahl des Predigers Dooranne zum Pfarrer an der Trinitatiskirche Protest wegen Irreligie erhoben worden.

Wien, 21. Juni. Gestern fanden die Stichwahlen zum Reichsrat statt. Von den Resultaten der 23 Stichwahlen in der Stadt Wien sind bislang 21 bekannt geworden. Es wurden gewählt: 11 Sozialdemokraten, 8 Deutschfreisinnliche, 2 Christlich-Soziale. Sämtliche christlich-sozialen Führer, die in der Stichwahl waren, sind unterlegen.

Amsterdam, 21. Juni. Die Zahl der Ausländigen nimmt zu und betrug gestern 500. 27 Deutsche sind hier eingetroffen, um an Bord der Dampfer der Niederländischen Compagnie Dienst zu tun. Eine Anzahl arbeitswilliger Holländer hat sich auf englischen Dampfern anwerben lassen.

Rotterdam, 21. Juni. Beim Abfahren eines Dampfers kam es zwischen der Mannschaft und Streikenden zu Zusammenstößen. Ein Ausländiger wurde durch Schüsse schwer verletzt.

London, 21. Juni. Die Comrad-Linie hat ihrem Schiffs-personal eine Lohnzulage von zehn Schilling für den Monat bewilligt.

Gestern abend fuhren aus dem Hafen des Firth of Forth fünf Dampfer, die nicht zum Verbands der Seeleute gehörende Mannschaften hatten. — In Leith nahmen die Angestellten der Reeder die Stellen der streikenden Dockarbeiter ein. Dreißig Dampfer liegen still. — In Goolo ruht jeder Schiffsverkehr. Schiffe, die nach dem Kontinent unterwegs sind, sollen aufgehalten werden, bis der Konflikt beigelegt ist. Ein ansahrender Dampfer wurde mit Steinen beworfen.

Weiterbericht für den 22. Juni.

Mäßige südliche Winde, geringe Wärmeländerung, zunächst trocken, kalter Regen.

Unentgeltlich Rat und Auskunft in geschiedenen Streitigkeiten, sowie in Fällen der Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung erteilt August Jordan Felmenhorst, Seebingsstraße 18.

Verantwortlicher Redakteur: H. Jacob, Verlag von Paul Hug, Rotationsdruck von Paul Hug & Co. in Rüstringen.

Hierzu zwei Beilagen.

Zur Aufklärung

über Henkel's selbsttätiges Waschmittel

PERSIL

Auf allen Gebieten sind fortgesetzt Neuerungen und Verbesserungen erschienen, die oft eine vollständige Umwälzung der bestehenden Verhältnisse verursachten. Nur ein Gebiet ist von dem allgemeinen Streben nach Verbesserung bisher fast völlig unberührt geblieben, nämlich das der

Reinigung der Wäsche.

Schon seit mehr als tausend Jahren wäscht man stets in der gleichen zeitraubenden und anstrengenden Weise! Alle Versuche, hier einen bedeutamen Fortschritt zu erzielen, sind nicht durchschlagend gewesen. Erst der jüngsten Zeit blieb es vorbehalten, eine völlig befriedigende Lösung der Washfrage zu bringen, nämlich

durch „Persil“

das neue selbsttätige Waschmittel, dessen Wasch- u. Bleichkraft bei **garantiert absoluter Unschädlichkeit** geradezu enorm ist. **Kein Reiben u. Bürsten, nur einmaliges, halbstündiges Hocken u. die Wäsche wird wie von selbst blütenweiß.** Dabei verschwinden spurlos selbst die hartnäckigsten Flecken von Kalao, Kaffee, Tee, Obst, Rotwein, Tinte, Sauce, Blut etc., **ohne daß das Gewebe durch den Waschprozeß im geringsten angegriffen wird.** Vielmehr gewährleistet die zarte Behandlung beim Waschen die denkbar

größte Schonung und längere Haltbarkeit der Wäsche.

Bei ganz besonders schmutziger Wäsche unterstützt die glänzende Wirkung des Persil ein vorheriges Einweichen in **Henkels Bleich-Soda.**

Auch die Preisfrage spielt keine Rolle!

Für ein Quantum Wäsche, das mit $\frac{1}{2}$ Pfund „Persil“ also für 35 Pf. gewaschen wird, braucht man sonst für mindestens 25 bis 30 Pf. gute Seife, Soda oder sonstige Waschmittel; nun aber wäscht „Persil“ die Wäsche bei größerer Schonung des Gewebes in etwa $\frac{1}{2}$ der sonst erforderlichen Zeit spielend leicht und ohne Mühe schneeweiß. Sollte diese Zeiterparnis der Hausfrau nicht mehr wert sein, als die Paar Pfennige, die „Persil“ vielleicht mehr kostet? Und sollte ihr die längere Erhaltung ihrer Wäsche, die durch das sonstige Reiben und Bürsten enorm leidet, nicht mehr am Herzen liegen, wie die scheinbare Mehrausgabe für ein besseres Waschmittel? Ueberdies aber bietet „Persil“ einen völligen

Ersatz für Rasenbleiche

indem es die Wäsche nicht nur blendend weiß macht, sondern sie auch dauernd weiß erhält. Auch als Desinfektionsmittel für Kranken- und Kinderwäsche bewährt sich „Persil“ vorzüglich, da es die Bakterien tötet, Krankheitskeime ersticht und alle scharfen Gerüche beseitigt!

Alle diese Vorzüge zusammen genommen ergeben:

Höchste Reinigungs- und Bleichkraft — denkbar geringste Arbeitsleistung — größte Schonung und Erhaltung der Wäsche — sowie bedeutende Ersparnis an Zeit, Arbeit, Mühe und Geld.

„Persil“ ist das Produkt langjährigen, sorgsamsten Studiums; seine Herstellung geschieht sehr sorgfältig unter genauer Kontrolle unseres Laboratoriums. Wir empfehlen daher **Vorsicht beim Einkauf**, da viele minderwertige Waschmittel existieren, die in Wirklichkeit an „Persil“ nicht im entferntesten herankommen und die unter Umständen schädlich für die Wäsche sind.

Millionen Hausfrauen, die „Persil“ dauernd gebrauchen, sind beredte Zeugen für dessen Güte. Erkundigen Sie sich bei Ihren Bekannten und versuchen Sie es selbst, auch Sie werden dann bald die Vorteile des „Persil“-Gebrauches erkennen.

In allen Geschäften erhältlich.

Alleinige
Fabrikanten: **Henkel & Co. :: Düsseldorf** Gegründet
1876.

Auch Fabrikanten der weltbekannten Henkel's Bleich-Soda.

Auf allen beschickten größeren Fachausstellungen nur mit ersten Auszeichnungen und vielen Ehrenpreisen prämiert.

Norddeutsches Volksblatt

Die Reichsversicherungsordnung — wie sie sein sollte und wie sie ist.

III. (Schluß)

B. Die Leistungen der Versicherung.

a) Die Unterleistungen, welche die Versicherung jetzt bietet, sind aus den proletarischen Magen zugeschnitten; sie schlingen nicht vor dem Verhungern. Die Pflichtleistungen der Krankenversicherung erstrecken sich nur auf ärztliche Behandlung, Heilmittel und Kranfengeld und (auch nur bei einem Teil der Klassen) auf Wochengeld und Sterbegeld nur für Mitglieder. Das Kranken- und Wochengeld beträgt nur die Hälfte des durchschnittlichen Tagelohnes; infolge eigenartiger Berechnung sinkt es oft bis auf 50 Pf. und noch weniger pro Tag herab. In der Unfallversicherung wird bei vollständiger Erwerbsunfähigkeit, die aber nur angenommen wird, wenn ein Verletzter halb tot ist, zwei Drittel des seitherigen Jahresarbeitsverdienstes gewährt. In der landwirtschaftlichen Unfallversicherung wird der Jahresarbeitsverdienst in Gestalt von Durchschnittssätzen durch die Behörden, indes meist zu niedrig, festgelegt. Auf einen Verletzten entfallen pro Jahr circa 165 M. an Unfallrente. Die Invalidenversicherung kennt als Pflichtleistungen nur die Invaliden- und Altersrenten. Zu letzteren ist eine Wartzeit von insgesamt 200 Wochen, zu letzteren eine solche von 40 Wochen pro Jahr notwendig. Die komplizierte Wartzeit zur Altersrente bedingt, daß eine Menge von Personen, die über 70 Jahre alt sind, keine solche Rente bekommen, obgleich sie ihr Leben gearbeitet haben. Die Renten betragen circa 170 M. im Durchschnitt pro Jahr.

b) Die Sozialdemokraten fordern weitestgehende Ausgestaltung der Rente. In der Krankenversicherung ist die Verköstigung von Krankenbetten einzuführen, bei Entbindungen eine Unterleistung acht Wochen vor und acht Wochen nach der Entbindung, freie Gewährung der Hebammendienste, Gewährung aller Leistungen an die nichtversicherten Familienangehörigen der Mitglieder usw. Im Reichstag beantragten die Sozialdemokraten, daß das Kranfengeld in der Höhe des vollen Grundlohnes und nicht nur auf die Hälfte beschränkt, daß das Kranfengeld für jeden Tag der Erwerbsunfähigkeit gewährt wird. Als das abgelehnt wurde, beantragten sie, daß das Kranfengeld wenigstens im Betrage von drei Viertel des Arbeitsverdienstes und nicht erst vom vierten, sondern bereits vom ersten Tage der Erwerbsunfähigkeit an gewährt wird. Alles wurde abgelehnt. Weiter wurde beantragt, daß in bestimmten Fällen eine Hauspflegerin gestellt werden muß, daß die Heilmittel ohne Rücksicht auf den Kostenpunkt gewährt werden müssen usw. Hinsichtlich der Unfallversicherung beantragten die Sozialdemokraten, daß die Gewerbeskrankheiten als Betriebsunfälle anerkannt werden, daß die Leistungen der Unfallversicherung sofort und nicht erst mit der 14. Woche eintreten, daß der Rentenberechnung der volle Jahresarbeitsverdienst und nicht nur zwei Drittel desselben zugrunde gelegt wird, daß die Rente für die hinterbliebenen Witwe eines Getöteten auf ein Drittel des Jahresarbeitsverdienstes des Getöteten erhöht wird usw. Bei der Invalidenversicherung beantragten die Sozialdemokraten die Angleichung der weiteren Lohnklassen nach oben, die Beseitigung von Art und Seilmitteln für Invalidenrentenempfänger, die Annahme der Invalidität, wenn ein Versicherter nicht mehr die Hälfte seines seitherigen Verdienstes erwerben kann, den Beginn der Altersrente um 65 Lebensjahre an, die Ausgestaltung der Selbstverfahren zu einer Pflichtleistung der Versicherungsanstalten, die Gewährung der Witwenrenten an alle Witwen, die Erhöhung der Hinterbliebenenrenten usw.

c) Die „Reform“ hat alles beim alten gelassen. Eine Erhöhung der Leistungen hat so gut wie garnicht Platz geiffen. In der Krankenversicherung ist nur die Erweiterung der Wöchenerinnerunterleistung von sechs auf acht Wochen vorgenommen worden. Die Dauer des Kranfengeldbezuges ist bei 26 Wochen geblieben, nur werden dazwischenfallende Zeiten, in denen nur ärztliche Behandlung und Heilmittel gewährt werden, nicht mehr als Unterleistungszeit gerechnet — was schon seither selbstverständlich sein sollte. In der Unfallversicherung bleibt auch alles beim alten. Neu ist, daß der Jahresarbeitsverdienst, der 1800 M. (seiner 1500 M.) übersteigt, nur zu einem Drittel angerechnet wird. Mit einer einmaligen Summe können die Renten bis zu zwanzig Prozent (seiner 15 Proz.) abgemindert werden. Hat eine Krankenkasse über die 13. Woche hinaus Kranfengeld gewährt, weil die Berufsgenossenschaft noch nicht eingegriffen hat, so hat die Berufsgenossenschaft den Verletzten als vollkommen erwerbsunfähig anzuerkennen. In der Invalidenversicherung ist die Wartzeit und die Höhe der Rente dieselbe geblieben. Hat der Empfänger der Invalidenrente Kinder unter 15 Jahren, so erhöht sich die Invalidenrente für jedes Kind um ein Zehntel bis zu dem höchstens 1/10fachen Betrag. Sonst ist nur die Hinterbliebenenversicherung angegliedert worden. Sie gewährt bekanntlich nur den invaliden Witwen Renten, die bis auf 68 M. pro Jahr, und Waisenrenten, die bis auf 34 M. pro Jahr herabgehen. Dafür werden die Versicherungsbeiträge erhöht und die Beitragsentlastungen in Heirats-, Todes- und bei Unfällen eingeteilt, wofür ein geringes „Witwengeld“ und eine „Waisensteuer“ als einmalige Abfindung eingeführt werden.

4. Die Beteiligung der Versicherer an der Durchführung der Versicherung.

a) In keinem Versicherungsweige ist gegenwärtig die

Verwaltung genügend demokratisch gestaltet. In der Krankenversicherung besitzen ein leitendes Selbstverwaltungsrecht nur die Ortskrankenkassen. Ihre Verwaltungsorgane müssen zu 2/3 aus Versicherern und 1/3 aus Arbeitgebern zusammengesetzt sein; die beherrschende Beaufichtigung erstreckt sich nur darauf, daß sie die gesetzlichen und statutarischen Vorschriften befolgen. Bei den Betriebs- und Innungskrankenkassen steht die Selbstverwaltung nur auf dem Papier; bei ersteren hat z. B. der Arbeitgeber den Vorsitz, bei letzteren vertritt die Innung die Kasse und stellt das Statut auf. Die Gemeindekrankenversicherung hat überhaupt keine Selbstverwaltung; bei ihr liegt die Verwaltung vollständig in den Händen der Gemeindebehörde. In der Unfallversicherung (den Berufs- und Innungskassen) liegt die Verwaltung vollkommen in den Händen der Unternehmer. Die Versicherer haben dabei absolut nichts zu sagen. In den Verwaltungsorganen der Invalidenversicherung sind zwar gleichmäßige Vertreter der Versicherer und Arbeitgeber vorhanden, doch kommen im Vorstand der Versicherungsanstalt, dem hauptsächlichsten Organ, noch der Zahl nach unbeschränkte Regierungsvertreter (beamtete Vorstandsmitglieder) hinzu, so daß in Wirklichkeit die Vertreter der Versicherer ganz ohne Einfluß und nur eine Dekoration sind. Die gesamte Rechtsprechung zur Arbeiterversicherung ist bürokratisch organisiert; in der Krankenversicherung findet sie noch gänzlich ohne Teilnahme von Vertretern der Versicherer statt.

b) Die Sozialdemokraten fordern für alle Versicherungsweige volle Selbstverwaltung durch die Versicherer. Im Reichstag beantragten sie Aufrechterhaltung des seitherigen Selbstverwaltungsrechts der Ortskrankenkassen. Ausdehnung desselben auf andere Klassenarten und Streichung aller Veränderungen, welche dieses Recht einschränken. Als diese Anträge abgelehnt waren, beantragten sie, daß den Versicherern in den Ortskrankenkassen das volle Wahlrecht wie in den Ortskrankenkassen gewährt wird, daß auch in den Betriebs- und Innungskrankenkassen der Vorsitzende vom Vorstande selbst gewählt wird, daß die Unternehmer bei den Vertreterwahlen auch nur eine Stimme haben usw. Betreffs der Unfallversicherung beantragten die Sozialdemokraten, daß die Vorstände der Berufs- und Innungskassen mindestens zu 2/3 aus Vertretern der Unternehmer und zu 1/3 aus Vertretern der Versicherer bestehen sollen, Durchführung der Unfallversicherung durch einen Ausschuß, der aus Vertretern der Unternehmer und Versicherer besteht, usw. Zur Invalidenversicherung wurden ähnliche Anträge gestellt, welche eine Demokratisierung der Versicherungsanstalten bezweckten. In Bezug auf die Rechtsprechung beantragten die Sozialdemokraten, daß Richterkreise als Vertreter der Versicherer zugelassen werden, daß jeder Anspruchsberechtigte persönlich gehört wird, daß der Verlesene in allen Instanzen das Recht hat, ein Gutachten von einem von ihm bezeichneten Arzt zu fordern, daß der Refus an die höchste Spruchbehörde (Reichsversicherungsamt) nicht beschränkt wird, usw.

c) Statt einer Erweiterung nimmt die Reichsversicherungsordnung eine Verdrängung der Rechte der Versicherer vor. In der Krankenversicherung bleiben zwar die Verwaltungsorgane so zusammengesetzt, daß 2/3 Versicherer und 1/3 Unternehmer vorhanden sind, aber eine Reihe von wichtigen Verwaltungsfragen ist so zu erledigen, daß die beiden Gruppen getrennt abstimmen. Ein Beschluß gilt nur dann als gefaßt, wenn beide Gruppen in ihrer Mehrheit ihm zustimmen. Das ist der Fall bei der Wahl des Vorsitzenden, der Bestellung der Klassenbeamten, der Aufstellung der Dienstordnungen für letztere und der Erweiterung der Leistungen über eine Mindestgrenze. Kommt bei diesem Verfahren ein Beschluß nicht zustande, so wird er von der Behörde erlassen, die z. B. einen Vorsitzenden und einen Klassenbeamten einsehen, die Dienstordnungen aufstellen kann usw. Angestellte, die ihre „dienstliche Stellung oder ihre Dienstgeschäfte zu einer religiösen oder politischen Betätigung mitdrängen“, sind bei Wiederholung sofort zu entlassen. Die Aufsichtsbefugnisse der Behörden sind erweitert worden. In der Unfallversicherung besteht der seitherige Zustand weiter; neu ist nur, daß die Vertreter der Versicherer für die Beratung der Unfallversicherung jedes Jahr zu einer Sitzung zusammenberufen werden sollen. In der Invalidenversicherung bleibt auch alles beim alten, nur dürfen bei Abstimmungen im Vorstand der Versicherungsanstalt die beamteten Mitglieder nicht mehr Stimmen abgeben als die nicht beamteten. Nur minimale Verbesserungen sind es also, die eingeführt wurden, denen aber ganz erhebliche Verschlechterungen — die Beschränkung der Selbstverwaltung in der Krankenversicherung — gegenüberstehen. Für die Sozialdemokratie bedeutet die Reichsversicherungsordnung keinen Abschluß der Reformbestrebungen, sondern den Beginn neuer Kämpfe um die Ausgestaltung der sozialen Versicherung.

Parteinachrichten.

Einen argen Stoß — so schreibt unser Leipziger Parteiblatt — hat anheimend das Vertrauen erlitten, das der frühere Reichstagsverweser verschiedener Parteiblätter, Karl Bruno Sommer, in die bürgerlichen Kreise gesetzt hatte. Sommer hatte bekanntlich den Genossen Amborn vor Gericht gezogen, weil er von ihm beleidigt sein will. Sommer hatte versucht, in die Reihenliste der Partei aufgenommen zu werden; zuvor wurde jedoch über seine rednerischen und sonstigen Qualitäten gesprochen. Zu der Sitzung, die dazu einberufen wurde, war auch Genosse Amborn geladen, der Sommer aus seiner Parteitüchtigkeit in Erfurt kenne. Sommer nahm darauf Veranlassung, Amborn zu verfluchen, weil U. angeblich einige

unwahre Behauptungen über S. verbreitet hatte. Das Schöffengericht, das am 21. April über die Klage verhandelt hat, sprach Amborn jedoch frei; es wurde ihm der Schutz des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) zugesprochen und im Urteil ausgeführt, daß U. die Würde der Beleidigung ferngelegen habe. Jede Partei habe das berechtigete Interesse, zu prüfen, ob einer ihrer Angehörigen getreu ist, sie rednerisch zu vertreten. Dieses Recht der Partei müsse auch Sommer als deren Mitglied anerkennen. Sommer begnügte sich jedoch bei diesem ihm abwesenden Urteil nicht, sondern legte dagegen Berufung ein, aber die vor dem Landgericht verhandelt werden sollte. Es kam jedoch nicht dazu, da S. nicht zum Termin erschienen war. Die Berufung wurde daher verworfen und die Kosten des Verfahrens wurden Sommer aufgebürdet.

Wegen „Gotteslästerung“ wurde Genosse Hesse als Verantwortlicher des Stettiner „Volksboten“ zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Unser Parteiblatt hatte einen Aufsatz aus der Gemeindezeitung von Hr. Trebbow besprochen, der sich mit den „unbetränten“ Brautpaaren und mit den in Hr. Trebbow erfolgten unehelichen Geburten im Jahre 1910 beschäftigte.

Das Opfer einer Fälschung war die „Volkszeitung“ in Jüttau geworden. In die Redaktion war eine Postkarte mit der Unterschrift eines Fabrikdirektors gerichtet worden, auf der die Redaktion und die Arbeiterbewegung verhöhnt wurden. Durch die Veröffentlichung der Karte, die sich dann als eine Fälschung erwies, schloß sich der Direktor beleidigt. Das Schöffengericht in Jüttau verurteilte den Genossen Schmeidler als Verantwortlichen zu 75 Mark Geldstrafe.

Gewerkschaftliches.

Die Tagesordnung des Gewerkschaftskongresses wird um einen Beratungsgegenstand erweitert werden. Die Erörterung einer „Volksfürsorge“, einer Gewerkschaftlich-Genossenschaftlichen Unterstüßungseinrichtung, wird auf dem Kongreß besprochen werden. Referent hierzu ist der zweite Vorsitzende Gustav Bauer.

Der Ausstand der Berliner Buchdruckmaschinenmeister beendet! Der Konflikt zwischen den Maschinenmeistern und der Firma Scherl wurde am Montagabend beendet. Es fanden zwei Konferenzen statt. In der ersten Konferenz machte die Firma Scherl das Angebot, die Hilfsarbeiter alle wieder einzustellen; von den 37 ausländischen Rotationsmaschinenmeistern aber wollte sie nur 30 nach ihrer Auswahl wieder in Arbeit nehmen. Der Einigungsversuch enthielt ferner die Bestimmung, das ausländische Personal habe 10000 Mark Sühnegeld für den der Firma zugefügten Schaden zu entrichten. Diese Bestimmung wurde auf Wunsch der Gehilfenvertreter fallen gelassen, da die Maschinenmeister ohnedies Kontraktbruchstrafe zu zahlen haben. In geforderten Sitzungen berieten die Gehilfen und die Unternehmervertreter über den Ausgleichsvorschlag. Die Firma Scherl erklärte sich schließlich noch bereit, bei Bedarf weitere sechs Maschinenmeister von den ausländischen einzustellen; einer versicherte freiwillig auf Wiedereinstellung. Auf dieser Basis kam dann die Einigung zustande. Ein Teil der Maschinenmeister nahm Montagabend die Arbeit noch auf.

Ungehobenes Boykott-Urteil. Der Zweigverein Berlin des Verbandes der Freizeugehilfen Deutschlands wehrt sich gegen Tarifbruch der mit ihm im Vertragsverhältnis stehenden Geschäftsinhaber durch Verhängung der Betriebsstreik für seine Mitglieder. Im „Vorwärts“ werden diese Streiken unter der Aufsicht: „Nähtung, Freizeugehilfen! Für Mitglieder gesperrt.“ beflaggt.

Als gesperrt wurde in dieser Weise im Juni, Oktober und November 1909 auch das Geschäft des Herrn Max Steinbock, zuletzt in Charlottenburg, verhängt. Dies veranlaßte Herrn Steinbock gegen den Zweigverein Klage auf Zahlung von 500 M. Schadenersatz wegen Boykottschädigung zu erheben. Der Zweigverein wurde durch Urteil der 6. Zivilkammer des Landgericht I Berlin dem Grunde nach verurteilt. Zur Begründung des Urteils wurde gesagt:

Der Beklagte habe durch die Sperrenentzügen in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise dem Kläger vorzüglich Schaden zugefügt. Die weite Verbreitung des „Vorwärts“, des zur Bekanntmachung gewählten Organs, dem geleitetes Blatt der Arbeiterbevölkerung Groß-Berlins lasse darauf schließen, daß die Mitteilung nicht bloß unter den Interessenten, sondern unter dem Publikum überhaupt bekannt werden sollte. Die Bekanntmachung habe daher einen anderen Zweck verfolgt, als dem vom Beklagten angegebenen, und zwar, wie Kläger mit Recht annehme, den Zweck, ihn geschäftlich lahmzulegen, ihn zu ruinieren. Der Beklagte habe damit gerechnet, daß die Bekanntmachung auch von anderen organisierten Arbeitnehmern, dem fast ausschließlich leitenden Kreis des „Vorwärts“, beachtet werde und bei dem festen Zusammenhalt derselben das Geschäft des mit dem Verbands in Differenzen geratenen Klägers gemieden würde. Der enge Zusammenhalt der organisierten Arbeiterkraft und deren allgemein bekannte Disziplin gegenüber den Anweisungen im Parteiorgan liehen nicht den geringsten Zweifel darüber bestehen, daß die Bekanntmachung und der dadurch herbeigeführte Boykott die wirtschaftliche Existenz des Klägers völlig zu vernichten geeignet sei. Der Beklagte sei aber auch, wenn man höchste Wahrscheinlichkeit als nicht vorliegend erachte, gemäß § 823 Abs. 1 a. B. G. ersatzpflichtig. — Bei seiner Bekanntmachung habe er die

Bekanntmachung.

Bei dem Neubau der Doppelturnhalle soll die Herstellung der 93 Meter langen Lateneinfriedigung und der 66 Meter langen Draheinfriedigung vergeben werden. Angebotsformulare können Rathaus II, Zimmer Nr. 7, für 1 Mk. pro Stück bezogen werden; dieselben liegen auch die Zeichnungen zur Einsicht aus. Die Angebote sind bis zum 1. Juli, mittags 12 1/2 Uhr, beim Stadtmagistrat (Rathaus II) einzureichen.

Rätlingen, den 20. Juni 1911.

Stadtmagistrat.

Dr. Lufen.

Bekanntmachung.

Die Lieferung von ca. 1000 Kilo Stauböl für die hiesigen Schulen soll vergeben werden. Entsprechende Angebote sind bis zum 1. Juli, mittags 12 Uhr, beim Stadtmagistrat (Rathaus II) einzureichen.

Rätlingen, den 20. Juni 1911.

Stadtmagistrat.

Dr. Lufen.

Gemeinde Osterburg.

Die Maler- und Tapezierarbeiten an den sämtlichen Schulen der Gemeinde sollen vergeben werden.

Angebote, mit entsprechender Aufschrift versehen, sind bis zum 25. Juni c. bei dem Unterzeichneten einzureichen, bei dem auch die Bedingungen zu erfahren sind.

Der Gemeindevorsteher,

Dahlmann.

Verkauf.

Der Fabrikant Fr. Meiners zu Rätzelriedel beabsichtigt, das neben seiner Besichtigung belegene

Privathaus

enthält drei Wohnungen, Stallung u. großen schönen Garten.

Öffentlich meistbietend zum baldigen Antritt durch mich zu verkaufen. Die Besichtigung befindet sich im allerbesten Zustande, die Hypotheken sind billig und fest.

Versteigerungstermin habe ich angesetzt auf

Donnerstag den 29. d. Mts.,

abends 7 Uhr,

in Schröders Restaurant zu Rätzelriedel, wozu Kaufliebhaber eingeladen werden.

Rätlingen, den 20. Juni 1911.

S. P. Harms,

amtl. Auktionator.

Die Wirtschaft

Geemöve

ist unter günstigen Bedingungen zu kaufen.

Näheres durch

B. H. Bührmann.

Reparaturen

von Nähmaschinen aller Systeme, allseitig anerkannte beste Ausführung, prompt und billig. Auf Wunsch Abholung.

A. Zimmermann, Wilhelmshaven, Peterstraße 34, gegenüber der Oberrealschule.

Kaufe gebrauchte Möbelstücke

zu hohen Preisen.

W. Janssen, Bant, Peterstraße 4. Telefon 697.

Verkauf.

Die Eheleute W. Lührs hier haben mich beauftragt, das ihnen gehörige, hier Paulstraße 8, Ecke Auguststraße, belegene, zu ein Laden und sechs dreiraumigen Wohnungen eingerichtete

Wohn- und Geschäftshaus

mit Verköllt und Einfahrt sowie großem Hofraum an der Auguststr. zum sofortigen Antritt zu verkaufen.

Die Grundbesitzung eignet sich für jeden Geschäftsbetrieb. Der Ankauf kann insbesondere einem Schlichter empfohlen werden; kurzzeit wird eine Schlichterei mit bestem Erfolge in dem Hause betrieben. Versteigerungstermin habe ich anberaumt auf

Montag den 26. d. Mts.,

abends 7 Uhr,

in Schröders Restaurant (Tadobulen) hier, Ecke Tombeck- und Ulmenstraße.

Weitere Auskunft erteile ich gerne und kostenlos.

Rätlingen, den 16. Juni 1911.

S. P. Harms,

Auktionator.

Schrankfächer

die unter eigenem Verschluss des Mieters stehen.

Die Miete für ein Fach beträgt je nach Größe und Dauer Mk. 1.00, Mk. 2.00, Mk. 3.00, Mk. 4.00, Mk. 5.00, Mk. 6.00, Mk. 8.00, Mk. 10.00, Mk. 15.00, für ein besonders grosses Fach Mk. 20.00.

Oldenburgische Spar- & Leih-Bank

Filiale Wilhelmshaven.

Peterstrasse 78.

Zu vermieten

umständehalber zum 1. Juli oder später eine dreiraum. Parterrewohnung an ruhige Bewohner. Preis. Geb. 700 Mk. Marienstraße 18, hinterh.

Zu mieten gesucht

auf sofort eine zweiraumige Wohnung. Off. unter N. N. 18 an die Exped. d. Bl. erdten.

Per 1. August mehrere Putzarbeiterinnen die gut und selbständig arbeiten können, für dauernde Beschäftigung gesucht. Bartsch & von der Brelle.

Auf sofort oder später

ein Mädchen oder alleinstehende Frau für den ganzen Tag gesucht. Dabei auf sol. eine Arbeitsfrau. S. Meyer, Rätlingen I, Peterstr. 3.

Suche sofort

einen soliden Dachdeckerhilfen in allen Arbeiten erfahren, der selbstständig arbeiten kann, bei hohem Lohn. H. Stahl, Zwer.

Gesucht auf sofort

ein Schmiedegeselle. Gebr. Dirichs, Rätlingen.

Erfahrenen Bantfischer

stellt ein J. Wämmner, Mödernhausen bei Seidmühle.

Oldenburg

Der Arbeitsnachweis

der Unternehmer für das Baugewerbe

in Oldenburg und Umgegend

ist seitens der beteil. Verbände gesperrt.

Wille's echte Doure Portweine

zu haben in Kolonialwaren- und Delikatess-Geschäften.

Carl Wille, Hoflieferant, Oldenburg.

: Nordwestdeutsches Wein-Importhaus. :

Der beste Schuh ist billiger

wie die gewöhnliche Ware, denn er kann doppelt solange getragen werden, behält stets seine Form und bleibt — immer elegant. —

Herren-, Damen- u. Kinder-Stiefel.

Trost & Wehlau

Schuhmachermeister, Wilhelmsh. Strasse 70. Bismarckstr. 95.

Wilhelm Harms :: Nordenham

.. Hansingstrasse 10. ..

Buchhandlung, Zigarren, Zigaretten u. Tabak

Filial-Expedition des Nordd. Volksblattes.

Annahme von Drucksachen aller Art für Handel u. Privat unter Zusicherung prompter und sauberer Ausführung.

Geschäfts-Gröffnung.

Den geehrten Einwohnern von Varel und Umgegend zur gefl. Kenntnis, daß ich mit dem heutigen Tage in

Varel, Lange Straße 58

eine der Neuzelt entsprechende

Dampfärberei u. chem. Waschanstalt

eröffnet habe; auch übernehme meine Herren-Wäsche. Langjährige Erfahrung setzen mich in den Stand, nur beste Arbeit bei billigster Preisberechnung liefern zu können. Indem ich bitte, mein junges Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen, zeichne

Sachachtungsvoll

S. Herzberg.

Jeden Donnerstag:
Bettfedern - Reinigung (neueste Maschine).
Georg Aden :: Bant.

Visitenkarten fertigt an Paul-Hug & Co.

Die Verlobung mit dem Schlosser Wilhelm Berg ist meinerseits gänzlich aufgehoben.
Romy Besserhold.

Wollen Sie?

eine gut gehende Uhr haben, so lassen Sie dieselbe reparieren bei

G. Märtens, Uhrmacher, Heppens, Götterstraße 11, gegenüber Sadowassers Tirol.

Leinölfirnis

pr. Pfund 65 Pf., 10 Pfund 6 Mk.

Terpentinöl

bestes, pr. Pfd. 0.85 Mk.

Siffatiff, 1 Pfd. 90 Pf.

J. H. Cassens

Schaar und Bant, Peterstr. 42.

Todes-Anzeigen

in Karten- oder :: Briefformat :: fertigen schnell und :: preiswert an ::

Paul Hug & Co.

Peterstrasse 20/22
Ulmenstrasse 24.

Sier! Sier!

garantiert groß und frisch per Etage 1.20 Mk.
Fr. Aufsteier per Etage 1 Mk.

J. Bertenthal

Wilhelmshavener Straße 13.

Ein guterhaltenes zweischläufiges Bett

Unter- und Oberbett, platymangellos, sofort billig zu verkaufen. Wo, sagt die Exped. d. Bl.

Verkaufe händig aus besseren Häusern erstandene

Herren-, Damen- und Kindergarderobe, sowie neue Anzüge

zu den denkbar billigsten Preisen.
Frau Kalle, Rätlingen, Mittelstr. 35.

Gebrauchte Sofas und Matratzen

werden gut und billig aufgearbeitet.

Fr. W. Fischer

Tapezierer und Dekorateur
Wilhelmshavener Straße 1, 1. Etg.

Lurteikauben zu verkaufen.

Fischer, Odeon.

Zu verkaufen ein Petroleum- Kesselchen und eine Sitzbadwanne.

Friedrichstraße 11 a, 2. Etg. r.

Zu kaufen gesucht eine gut erhaltene Badwanne.

Offerten mit Preisangabe an die Exped. d. Bl. erdten unter N. 62.

Taube zugeflogen

Rätlingen, Kaiserstraße 29, 3. Etg.

Kinderwagen billig zu verkaufen.

Holtmannstr. 33, p. r., Ecke Kleier Str.

Die Meldestelle

für verkaufene Kinder befindet sich bei
Frau Schönbeck, Bant, Restaurant Peterhof, Peterstr.

Konsum- und Sparverein „Unterweser“

e. G. m. b. H. zu Bremerhaven.

Achtung! Mitglieder! Achtung!

Die vollen Markenkuverts sind bis zum 30. Juni gegen 20 Mark-Marken in den Verkaufsstellen umzutauschen.

Die Einkaufskarten sind mit den Mitgliedsbüchern gegen Quittung bis zum 15. Juli 1911 in den Verkaufsstellen abzuliefern.

Marken, die nicht bis zum 30. Juni, Einkaufskarten, die nicht bis zum 15. Juli eingereicht sind, verlieren nach § 64 des Statuts ihre Gültigkeit.

Volkshütte in Rürstingen

Wessumstraße.
Sonntags: Bunte Bohnen mit Speck.
Der schönste Platz den wir bei Varel haben, ist die **Deutsche Eiche** im Varel Wald.
Schönstes u. größtes Sommer-Restaurant im Amt Varel.
Vereinen, Schulen und Touristen bestens empfohlen.
Jeden Sonntag von 4 Uhr an Tanzkränzchen.
Telephon 341. **W. Düne.**

Kaiserkrone.

Heute und folgende Tage:
Des außerordentlichen Erfolges wegen
Ein Malheur im Bade Ostende.
In Vorbereitung:
Eine tolle Nacht.

Kravatten

in hochmodernen Fassons
und Mustern empfiehlt:
Martha Kappelhoff
Ecke Deich- und Koonstr.
Plakate liefern Paul Hug & Co.

Meine Restetage beginnen heute!

Zum Verkauf kommen

- Mehrere 100 Meter Schürzen-Stoffe und Besätze in Resten von 1—3 Metern.
- Posten Damen-Heenden, teilweise eigene Anfertigung, einzelne und angestaubte Sachen, mit 25 Prozent Rabatt.
- Posten Kinder-Heenden für Mädchen u. Knaben 35—95 Ctm. lang, teilweise angestaubt, eigene Anfertigung, mit 30 Proz. Rabatt.
- Posten Damen-Gürtel jedes Stück 58 Pf.
- Posten Untertailen jedes Stück 78 Pf.
- Posten Herren-Kravatten jedes Stück 75, 50 und 25 Pf.

Hubert Hoffmann
20 Gökerstraße 20.

Städt. Badeanstalt Rürstingen Oldoogestraße 12.

Geöffnet wochentags 8 bis 1 Uhr und 3 bis 8 Uhr; Sonnabends bis 10 Uhr. An Sonn- und Feiertagen von 8 bis 11 Uhr vormittags. Die Schwimmbäder sind für Damen an jedem Montag und Donnerstag nachmittag, in der übrigen Zeit nur für Herren geöffnet.
Verabreicht werden außer Reinigungsbädern, alle medizinischen Bäder, Wannenbäder (Herren- und Damen-Abteilung) 30 Pf., für zwei Kinder 30 Pf., Brausebäder 15 Pf., für ein Kind 10 Pf. — Dampf- und Heißluftbad 80 Pf., Ganzmassage 70 Pf., Teilmassage 50 Pf., elektr. Wasserbad 1 Mk., elektr. Bogenlichtbad 2 Mk., elektr. Glühlichtbad 1.50 Mk., elektr. Lohthambad, Patent Stanger, schwach 2.25 Mk., stark 3.50 Mk. u. Preislisten in der Badeanstalt erhältlich.

Arb.-Radfahrverein Frisch auf Neuenwege.

Sonabend den 21. Juni, abends 9 Uhr:
Versammlung im Hotel zum Schütting, Varel.
Der Vorstand.

Arbeiter-Verein Accum.

Sonabend den 21. Juni abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung beim Wirt Bley.
Vollzähliges Erscheinen erwartet
Der Vorstand.

Variété Adler

Operetten-Gesellschaft.
Direktion Gustav Michels.

Heute Mittwoch:
zum vorletzten Male:

Polnische Wirtshaft.

Donnerstag den 22. Juni:
Bombenerfolg!

Das Jungfernstift.

Freitag den 23. Juni:
zum letzten Male:

Polnische Wirtshaft.

„Deutscher“

Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Rürstingen-Wilhelmshaven.
Freitag den 23. Juni cr., abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung d. Wertsektion bei Halwland, Grenzstr. 38.
Vollzähliges und pünktliches Erscheinen ist notwendig.

Sonntag den 25. Juni:

Ausflug

nach Wagners Waldsjente in Schoof und Upjever.
Abfahrt morgens 8.48 Uhr von Wilhelmshaven und 8.53 Uhr von Bant nach Ostern. Das Fahrgehd für Kinder unter 14 Jahren der Mitglieder wird erseht.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

„Deutscher“

Banarbeiter-Verband.

Zahlstelle Nordenham.
Freitag den 23. Juni d. J., abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung

in Kohners Lokal.
Zahlreiches Besuch der Mitglieder erwartet
Der Vorstand.



Verein der Berufsmatrosen.

Sonabend den 21. Juni.
— Außerordentliche —
General-Versammlung
Vollfrage betr. Der Vorstand.

Arbeiter-Turn-Verein Heppens.

Achtung!

Die Mitglieder und deren Angehörige, die sich am Sonntag den 2. Juli d. J. an der

Wagentour nach Upjever

beteiligen wollen, müssen sich, da die Personenzahl festgesetzt werden muß, möglichst bald, spätestens bis Sonnabend den 24. Juli, in die im Vereinslokal ausliegende Liste eintragen, wo auch näheres zu ersehen ist.
Der Vorstand.



Achtung! Sande.

Wegen Ausbreuchs der Maul- und Klauenseuche im Bezirk fällt das Stiftungsfest des Arbeiter-Radschreiberevereins Martensiel-Sande am Sonntag den 25. Juni aus.

Sonabend den 21. Juni:

Versammlung

Der Vorstand.

Billetblocks bei Paul Hug & Co.

Geburts-Anzeige.

Die Geburt eines niedlichen Töchterchens gelien ergebenst an
Georg Stodhans u. Frau
Martha, geb. Stege.

Aus dem Lande.

Jever, 21. Juni.

Eine Stadtratsitzung ist auf Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, einberufen mit folgender Tagesordnung: 1. Schreiben des Magistrats, betr. Wiederholung der Beschlässe über Aufnahme von Anleihen. Anlage: Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts vom 27. April d. J.; 2. Aenderung des Statuts, betr. die Sparkasse der Stadt Jever, zweite Lesung; 3. Schreiben des Magistrats, betr. Vereinfachung des Verfahrens bei öffentlichen Bekanntmachungen; 4. Ausarbeitung eines Sanalationsprojekts; 5. Besuch von vier Anwohnern der Saffloerstraße um Rückzahlung der geleisteten Beiträge; 6. Schreiben des Magistrats, betr. Abtretung und Erwerb eines Areals an der Bahnhofstraße; 7. Besuch, betr. Abtretung eines Wegabschnittes an der Lindenallee; 8. Nachsage: Besuch von zehn Lehrern der Stadt Jever, betr. Mietsentschädigung.

Dangastermoor, 21. Juni.

Der **Soj. Wahlkreis für die Landgemeinde Varel** hält am Sonntagabend 8 1/2 Uhr im „Fürsten Bismard“ eine Versammlung ab, um den Bericht von der Parteikonferenz in Oldenburg entgegenzunehmen und sich mit der bevorstehenden Landtagswahl zu beschäftigen.

Varel, 21. Juni.

Achtung, Gewerkschafter! Um die Zahl der Teilnehmer an der Fahrt zum Norddeutschen Gewerkschaftsfest festzustellen, liegen Listen im „Hof von Oldenburg“ und in der Gastwirtschaft Wüllers sowie bei den Genossen Bäntemeyer und Terering aus.

Die **Nachfrüchte** der letzten Woche haben namentlich im Moor bedeutend mehr Schaden angerichtet, als anfänglich sich überdienen ließ. Die Bohnen sind streifenweise ganz vernichtet, auch die Kartoffeln haben sehr gelitten.

Das **Bewußtsein von Vorkräften** durch Abreißen von Blumen, Beschädigung von Einfriedigungen usw. hat in letzter Zeit dreierlei Ueberhand genommen, daß die Geschädigten sich an die Polizeibehörden gewandt haben, um die Täter zur Rechenschaft ziehen zu können. Diejenigen, die leicht zu Anschuldigungen geneigt sind, setzen gewarnt, wollen sie nicht strenge Strafen über sich ergehen lassen. Sind doch erst vor einigen Wochen junge Leute in Norden und Ruzich, die Vorkräften verwalteten und Hausbesuche abdrangen, zu mehrmonatlichen Gefängnisstrafen verurteilt.

Der **Arbeiter-Radfahrverein „Frei auf“ Neuenwege** hält am Sonntagabend 9 Uhr im „Hotel Schütting“ in Varel eine Versammlung ab, zu der auch Radfahrer aus der Stadt und Umgegend eingeladen sind.

Hahn, 21. Juni.

Kohlei. Am Sonntag kamen auf dem Schützenfeste mehrere Anrechte aus der Umgegend in Streit. Ein Anrecht aus Hundtill zog das Messer und brachte einem Anrecht aus Klostede mehrere Verletzungen in Kopf, Brust und den Beinen bei. Der Täter wurde in Haft genommen, während der Verletzte sich ins Krankenhaus begeben mußte.

Oldenburg, 21. Juni.

Eine **Uebererschuldung.** Wir lesen in der Provinzpresse: Eine Schaar aus dem Gewerkschaftsfestes aus Wilhelmshaven gab am Sonntagmorgen auf der Nordstraße einem jungen Ebenhüder des Lehen. Mehrere Passanten der Straße nahmen sich der hilfbedürftigen Frau an und brachten sie nach dem Hebammeninstitut.

Oldenburg, 21. Juni.

Achtung, Parteigenossen und Genossinnen! Die nächste Wahlvereinsversammlung findet Freitagabend 8 1/2 Uhr in der Tonhalle statt. Tagesordnung: 1. Bericht von der Landeskonferenz; 2. Vortrag über die Verfassung des deutschen Reiches; 3. Landtagswahl; 4. Verschiedenes. Die Genossen und Genossinnen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Achtung, Bezirksführer! Donnerstagabend 8 1/2 Uhr Sitzung in der Tonhalle.

Nordenham, 21. Juni.

Das **zweiwöchige Gewerkschaftsfest** findet am Sonntag den 2. Juli in Nordenham-Arens in Bitters Garten statt. Die Vorbereitungen sind in vollem Umfange jetzt in Angriff genommen. Im Gegensatz zu den beiden letzten Jahren, wo nur direkt der Umzug unter gewöhnlichen Umständen von Nordenham nach Arens erfolgte, ist jetzt der Umzug durch verschiedene Straßen geplant. Die Einwardener Arbeiter werden nach Nordenham abmarschieren, dabei erfolgt dann um 3 Uhr die Auffstellung des Festzuges in der Herberstraße. Der Abmarsch erfolgt um 3 1/2 Uhr von der Herberstraße, durch die Bahnhofs-, Hanlins-, Schul-, Peter-, Teich-, Hasen-, Binnen-, Bahnhofsstraße, Wiener Allee, Kirch- und Brunnenstraße nach dem Festplatz, wobei gegen 4 1/2 Uhr die Festrede stattfindet. Als Festredner ist Genosse Landtagsabgeordneter Jul. Meyer-Wiltingen genommen. Mitwirken werden die Freie Turnerschaft, der Gesangsverein (Gemischter Chor), der Gesangsverein Einwarden und der Arbeiter-Radfahrer-Verein. Festbälle werden stattfinden in Bitters und Schröders Lokal in Nordenham-Arens, bei Rohners in Nordenham und bei Roth in Einwarden. Das Fest der Proletarier verpricht somit in allen seinen Teilen imponant zu werden.

Achtung, Bauarbeiter! Eine Mitgliederversammlung findet am Freitag, dem 23. Juni, abends 8 1/2 Uhr de-

stehend, in Rohners Lokal statt. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Achtung, Konsumvereinsmitglieder! Der Konsum- und Spar-Verein „Unterwieser“ beabsichtigt im Laufe dieses Sommers einen großen Dampfer-Ausflug nach Bümenthal-Regelad vorzunehmen, worauf die Mitglieder mit ihrem Angehörigen schon jetzt aufmerksam gemacht werden.

Die **„Widgard“, Deutsche Seeverkehrs-Aktiengesellschaft in Nordenham**, beabsichtigt einen umfangreichen regelmäßigen Frachtdampferverkehr zwischen Nordenham und Mittelmeerhäfen einzurichten. In Aussicht genommen ist, in diesen Verkehr nicht weniger als 30 Dampfer einzustellen, die der Einfuhr von Erzen und auch dem Transport von Kohlen dienen sollen. Die Anlegung eines großen Kohlendepots in Nordenham bildet einen Teil der weitreichenden Pläne. Hinter diesen steht hauptsächlich, wie die „Gansa“ mittelt, der Großindustrielle Hugo Stinnes in Altheim a. Rh., der dem Aufsichtsrat der „Widgard“ angehört und in dessen Händen sich mehr als die Hälfte aller Aktien der Gesellschaft befinden soll.

Damme, 21. Juni.

Der **Bau der Ueberlandzentrale** ist soweit vorgeschritten, daß die Versorgung mit Elektrizität im Oktober d. J. aufgenommen werden kann. Man rechnet mit dem Anschluß mehrerer 100 Landwirte aus dem südlichen Oldenburg, sowie mit dem Anschluß der größeren Orte für Straßenbeleuchtung.

Bremen, 21. Juni.

Der **verkannte Gläubiger.** Die „Weber-Fra.“ schreibt: In das beim Amtsgericht zu Bremen gemäß § 915 C. P. O. geführte Schuldnerverzeichnis ist infolge eines Verfehlers am 31. Mai d. J. eingetragen, daß der Kaufmann Friedrich Deppen, Langenstraße Nr. 15, hier, den Offenbarungseid geleistet habe, während in Wahrheit ein Schuldner, der Herr Deppen zum Offenbarungseide geladen hatte, den Eid geleistet hat. Diese unrichtige Eintragung ist am Montag, nachdem sich das Versehen herausgestellt hatte, wieder gelöscht worden. Herr Friedrich Deppen hat den Offenbarungseid nicht geleistet und ist auch niemals zur Leistung des Eides geladen worden.

Leer, 21. Juni.

Streit der **Metallarbeiter** bei der Firma H. Schreiber, Eisengießerei. Am 1. Juni 1906 wurde der Streit bei der Firma Julius Meyer u. Co. in Norden und die dadurch hervorgerufene Auspersperung in Leer bei der Firma Bodhoff, Schreiber und Gnom (Inhaber Wees), infolge Vermittlung des Herrn Bürgermeisters Diekmann, Leer durch Verhandlung erledigt.

Die Resultate dieser Verhandlung waren in dem Protokoll derartig verfaßelt, daß sie (einen Funktionär der Gewerkschaft hatte man zu der Verhandlung nicht zugelassen), daß schon in kurzer Zeit neue Differenzen in Norden und in Leer hervorgerufen wurden.

Hauptsächlich waren die Bestrebungen des Herrn Direktor Rohlfshütter in Norden darauf gerichtet, die Organisation, den Deutschen Metallarbeiterverband, wieder aus seinem Betrieb zu verdrängen, welches im Jahre 1907 wiederum einen längeren Kampf um die Organisation hervorrief und damit erwekte, daß die Organisation anerkannt wurde. Aber infolge des langen Kampfes waren die Abnehmer der Produkte der Firma Julius Meyer dazu übergegangen, ihre Waren bei anderen Firmen zu bestellen und somit wanderten viele Arbeiter ab, der Betrieb konnte sich erst langsam erholen.

Ähnlich trafen auch bei der Firma Gnom in Leer Differenzen im Jahre 1908 aus, welche auch hier zur Liquidation des Betriebes geführt hätten, wenn nicht die Firma H. Schreiber diesen Betrieb übernommen und die dort beschäftigten Arbeiter eingestellt hätte.

Wiederholt wurde von den bei H. Schreiber beschäftigten Arbeitern aus Grund der Abmahnungen vom 1. Juni 1906 Beschwerde über Unregelmäßigkeiten und sonstige Mißstände erhoben, jedoch ohne Erfolg. Infolge der Krise verschlechterten sich die Lohn- und Arbeitsverhältnisse aber derartig, daß die Arbeiter gezwungen waren, ihre Wünsche zu formulieren und in einer Betriebsversammlung am 25. April d. J. den Bezirksleiter des Deutschen Metallarbeiterverbandes einstimmig zu beantragen, diese der Firma zu unterbreiten und unter Mitwirkung einer Kommission der beteiligten Arbeiter mit derselben zu verhandeln. Die Direktion lehnte zunächst die Verhandlung mit dem Bezirksleiter ab, erklärte sich aber bereit, ihrer Organisation die Angelegenheit zu unterbreiten und eine Verhandlung unter der Leitung des Vorsitzenden Direktor Rohlfshütter, Norden, anzubahnen.

Diese Verhandlung fand am 18. Mai statt, doch war das Resultat so gering, daß die am demselben Abend stattfindende Betriebsversammlung sich hiermit nicht zufrieden erklärte und die Kommission beauftragte, nochmals zu verhandeln.

Inzwischen hatte die Direktion folgenden Anschlag am 10. Mai herausgegeben:

Ich möchte nicht unterlassen, meine Arbeiter nochmals zur Ruhe zu ermahnen und sie aufzufordern, unerfüllbare Forderungen zurückzugeben. Ein Streit würde voraussichtlich von sehr langer Dauer sein und für Viele von verhängnisvollen Folgen.

Arbeiter, die den beiden in Frage kommenden Verbänden nicht angehören, werden selbstredend weiter beschäftigt.

Leer, den 10. Mai 1911. (ges.) H. Schreiber.

Hierüber waren die Arbeiter derartig ercoft, denn die Ruhe war bisher durchaus nicht gestört, daß sie am 11. Mai

einstimmig ihre Kündigung einreichten (Kündigungssfrist 14 Tage). Die Verhandlungen wurden von der Kommission und der Direktion fortgesetzt, änderte aber trotz dem weitesten Entgegenkommen der Arbeiter nichts an dem spärlchen Resultat und wurde von der Firma derartig verschleppt, daß am Tage des Ablaufes der Kündigung die Situation sich nicht änderte und folgedessen am 24. Mai abends die Arbeiter die Arbeit einstellten. — Die Direktion versprach weitere Verhandlungen, erklärte aber zugleich, nicht alle Arbeiter wieder einzustellen und verlangte eine Aufstellung der zu gering bezahlten Arbeiter von der Kommission. Dem letzterem wurde prompt entsprochen, der Firma aber mitgeteilt, daß die Arbeiter auf die Wiederereinstellung aller bestanden.

Die Firma handte nunmehr der Kommission eine Aufstellung derjenigen Arbeiter, welche sie aufzubessern bereit sei, sie erhielt sofort die Antwort, daß in einer Versammlung am 6. Juni zu derselben Stellung genommen werden solle. Die Firma H. Schreiber ließ aber am 2. Juni eine schwarze Liste aller Beteiligten veröffentlichen, trotzdem sie vorher erklärte, nicht alle wieder einstellen zu können. Die am 6. Juni stattgefundene Versammlung lehnte die von der Firma vorgeschickte Arbeiterliste ab, da diese nur auf Arbeiter Bezug nahm, welche noch selten ausgeführt werden, aber laufende zu gering bezahlte Arbeiter nicht berücksichtigte. Der Herr Direktor Effelborn von der Firma H. Schreiber versuchte nun die Einstimmigkeit der Streikenden mit allerlei Mitteln zu stören. Kündigung der Fabrikwohnungen, Drohungen von Nichtwiederereinstellen wurde von diesem Herrn angewandt, um die Arbeiter müde zu machen, doch der Liebe Mühe war umsonst, er hatte mit diesen Mitteln keinen Erfolg.

Am 10. Juni kündigte der Direktor Rohlfshütter 23 Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes, um mit dieser Maßnahme die Firma H. Schreiber zu unterstützen, am 17. Juni folgte die Firma Bodhoff in Leer diesem Beispiele, jedoch in einigen Wochen dann von dieser Bewegung eine ganze Anzahl freier Arbeiter davon betroffen sind.

Am 14. Juni wurde der Bevollmächtigte und ein anderer Kollege des Metallarbeiterverbandes zu dem Herrn Stadtsyndikus Tschafert in Leer gerufen und ihnen von diesem Herrn mitgeteilt, daß die Firma H. Schreiber Arbeitswillige heranziehe und ersucht, dafür zu sorgen, daß keine Ausschreitungen stattfänden. Dem Herrn wurde erwidert, daß die streikenden Arbeiter die gesetzlichen Bestimmungen achten würden, aber auch darum ersuchten, daß auch ihnen die Leitung des Kampfes nicht durch polizeiliche Maßnahmen erschwert würde. Der Herr Stadtsyndikus erklärte sich dann bereit, die Vermittlung zu übernehmen und Verhandlungen anzubahnen, womit sich die beiden Kollegen einverstanden erklärten.

Am 15. Juni erließ ein Agent mit 16 Arbeitswilligen, einer Frau und einem Kinde zur Unterstützung der bedrängten Firma in Leer ein, aber nach dem Ausschließen dieser „Ehrenmänner“ scheint ein wirklicher Hilfe für die bedrückte Firma keine Rede sein zu können. So ist dieser Streit durch den Herrentandpunkt der Unternehmer hervorgerufen. Es ist nicht wahr, wie ein bekannter Herr in Norden im „Christlichen Courrier“ (Nr. 129) behauptet, daß die streikenden Arbeiter widerwärtig gehandelt hätten. Einzig und allein an diesem Kampfe sind diejenigen Unternehmer schuld, welche es nicht verstehen wollen, daß der Arbeiter bei den heutigen Verhältnissen mit den bisherigen, trotz aller Beschwerden nicht berücksichtigten niedrigen Lohnverhältnissen nicht mehr in der Lage ist, für seine Familie eine anständige Existenz zu schaffen. Die weiteren Ausführungen in dem genannten Blatte werden wir später eingehender besprechen und den Beweis antreten, daß der Niedergang der Eisenindustrie nicht von Arbeitern, auch nicht von den bezeichneten Umständen hervorgerufen ist, sondern nur durch Umstände, welche durch die Herren Unternehmer hervorgerufen worden sind. So entwickelt sich dieser Kampf in aller Schärfe. Die beteiligten Arbeiter sind sich ihrer Pflicht bewußt und ihre Unternehmen wird von dem Gedanken getragen, daß sie nicht anders handeln können, wenn sie auch ferner ihre Verpflichtungen dem Staate, ihrer Familie und gegen sich selbst erfüllen wollen. Sie werden sich durch keinerlei Maßnahmen in ihrer Einstimmigkeit stören lassen und deshalb ist es Pflicht der organisierten Arbeiterkraft Deutschlands, diesen Kampf mit allen Mitteln zu unterstützen und in erster Linie den Zugang von Schloßern, Formern, Schleifern, Gießern und sonstigen Hieherhilfsarbeitern von Leer und Norden fernzuhalten. Daß dieses geschieht, wissen die Streikenden und leben deshalb frohen Mutes der Zukunft entgegen. Es sei noch hervorgehoben, daß die Mitglieder des Christlichen Metallarbeiterverbandes sich einstimmig dem Kampfe angeschlossen haben.

Der **Arbeiter-Radfahr-Verein „Einigkeit“** bezieht am Sonntag im Saale des Herrn B. Fischer sein 4. Stiftungsfest. Am dem Ausflügen wird sich auch der Berufsunfallfahrer Alwin Götthaus aus Hannover beteiligen. Die Bundesgenossen der Umgegend sind zu der Feier eingeladen.

Weener, 21. Juni.

Angelscholl beim Spiel. Der sechsjährige Sohn des Landwirts W. Hensmann in Cethum stürzte beim Spiel, stieß mit dem Kopfe an einen Stein und blieb bewußtlos liegen. Der Arzt stellte schweren Schädelbruch fest. Leider starb das Kind bald darauf.

Arbeiter, agitiert für Eure Zeitung!

Kein Hüjüng.

Nach Fritz Reuter in hochdeutscher Prosa von E. L. v. Mannheim.

„Kein Hüjüng“ nennt Fritz Reuter die Geschichte in Wesen, worin er die Sklaverei und Abhängigkeit des landwirtschaftlichen Arbeiters von seinem Herrn schildert zu jener Zeit, als die Freigabe noch nicht Gesetz geworden war in Deutschland, so daß die Arbeiter der Gewalt nicht entziehen konnte. In die Städte ließ man keinen herziehen, die Güter mit den darauf liegenden Häusern gehörten den abhngigen Herren und bildeten den Ritterhöflichen Landbesitz oder sie waren fñstliche Domäne. Auch diese ließen keinen Arbeiter von einem Besitz in den andern ziehen. So war der Arbeiter ganz von der Gnade seines Herrn abhängig. Selbst konnte er nicht erwerben und behalten konnte er nur, wenn sein Herr ihm auf dem Gute in einem der herrschaftlichen Häuser eine Wohnung einräumte. Ohne diese Erlaubnis, dieses Wohnrecht, durfte kein Weiblicher einen Arbeiter ehelich trauen.

Die Not.

Johannstag. Der Roggen hatte angefehrt, der Weizen war im Wachsen. Die Sonne brennt glühend herab, kein Lüftchen regt sich, kein Blatt an Busch und Baum. Auf den Dornbüschen am Wege liegt von der Heuernte dichter Staub. Die Sonne sñht festrecht herab, und weit über die wogenden Felder flimmert und flammt die Sommerglut heiß und drückend wie der Schwaden, der aus dem glühenden Badofen dringt. Der Acker summt ein träumendes Lied, und mit müdem, leisen Summen wölbt die Biene in den Blüten des honigduftenden Ackerleides. Die Heuschrecke verleiht sich mit trügem, matten Zipfen tiefer ins Gras, der Schmetterling drückt sich mit ausgebreiteten Flügeln platt auf die schlängelnde Rietze.

Die kleine Bachstelze, die zum Futterholen ausgeflogen, fliegt mit gestültem Schnabel zum Nest hin, sñht sich ängstlich um, wippt mit dem Schwanz und hüpfet und schlüpft und hebt den Kopf und lügt und guckt, ob sie auch der Mann nicht sñht, der da, ohne sich zu regen, still hinter der Steinmauer liegt, den einen Arm über die Augen gedekt, als ob er ruhig schlafen wollte.

Er lag regungslos, wie tot. Die Bachstelze fliegt dreif herab, betrachtet ihn mit ihren klugen, hellen Augen und schlüpft dann leise in ihr Nest. Ihren Jungen piepst sie in die Ohren, sie müßten stille sein, es liege ein Mann unter der Heckenrolle. Da wird alles wieder still, alles Leben ist erstorben, als wenn der Himmel in stiller Hitze ein Wetter ausbrühte, und ganz von ferne ist es, als ob es über das Feld hinwegwehete.

Auch der Mann seufzte, sein Arm glitt herunter vom Gesichte. Er griff zur Seite und riß die Hand voll Gras aus, die er hatte fassen können. Und mit einem Ruck richtete er sich empor. Er starrte umher, legte die Hände ratlos über das braune Gesicht, als ob er Gras und Blumen, Korn und Feld nicht mehr sehen wollte.

Und er war doch noch so jung und stark. Er stand doch erst am Eingang ins Leben, hatte manige Knochen, breite Schultern, eine hochgewölbte Brust, wie geschaffen für Arbeit und Gefahr. Seine Wangen hatten jugendlichen Glanz, unter dem rauhen Haar leuchtete eine helle Stirn, ein helles blaues Auge, und rote, fette Lippen hoben das freundliche Bild. Er sah so frisch und kräftig aus, als wäre er nur zu Lieb und Lust und Glück erschaffen. Aber in seinem Wesen war augenblicklich nichts von Glück und Lust zu lesen, wenn man es dem bange Bild seines ehlichen Auges und dem aufgeregten Schlagen seines Herzens auch anmerken konnte, daß darin viel von Liebe die Rede war.

Der aufmerksame Beobachter kann auch den Gegenstand erkennen, der sein Herz schneller schlagen macht. Jenes weiße, junge Mädchen ist es, das so langsam und traurig aus der Ferne herankommt. Sie hat es seinem Herzen angetan und macht es schneller schlagen. Ach, wie sñht sie doch so bleich aus, wie langsam geht sie den Weg entlang! Wer sie näher ansieht, weiß, warum sein Auge so bange blickt, warum es ihm so im Herzen zñht.

Das bleiche Mädchen kommt näher und blickt traurig über die Mauer, ihr Auge sñht still verzagt und trübsinnig in die Natur, als ob es die Welt vor Gott verklagen wollte. Ängstlich, wie die Bachstelze getan, ehe sie zu ihrem Neste flog, aber nicht so frisch und munter, blickt sie sich um und blickt sich hinter den Dornbusch, damit niemand sie sieht. Leise schleicht sie sich heran und fragt flüsternd, seufzend: „Schläfst du, Johann?“

Er sprang in die Höhe. „Was, schlafen? Ich? Marie, ich schlafen. O Gott, ich und schlafen! Komm setz dich her!“

Er saßte sie am Arme und zog sie sanft näher. Komm, setz dich her, sagte er noch einmal, bis sie neben ihm saß und er sie dichter an sich zog.

Sie legte den Kopf auf ihre Brust und meinte leise vor sich hin: „Ach, sie fühlte sich so krank, ihr war so wehe. Er irrte dichte sie: „Loh das, Kind, ich das, sprach er ermunternd. „Was einmal, wo ich heute schon gewesen bin? Ich bin dich aufgesehen, du auf's Amt gegangen und habe die Herren auf dem Arnte gebeten, sie sollen mir doch in der fñstlichen Domäne Wohnrecht geben.“

„Was sagten sie?“

„Sie sagten — du weißt doch, wie das ist — sie sagten nichts Bestimmtes, sie hätten schon so viele Arbeiter; wenn ich aus dem Ritterhöflichen wäre, sollte ich leben, daß ich auch da unterkomme, ins fñstliche liehen sie keinen herziehen, der nicht darin geboren ist.“

„Das sagt mein Vater auch, Johann.“

„Wie? Dein Vater? Hast du mit ihm geredet? Weißt er, wie es mit dir steht?“

„Ach, fahr mich nicht so an, Johann! Mein, er weiß nichts von unserer Ehre und von meiner Schande; ich hab' geschworen von meiner Not und werd' auch weiter schweigen. Mein, nein, ich kann ihm nicht das Weiser in das Herz stoßen!“

Johann drückte sie lebtevoll an sich: „Liebes Mädchen, o schelte mich nicht; ich weiß, ich bin kein guter Mensch. Mein größtes Unglück ist meine Häßlichkeit, und heute besonders ist mir das zumute. Komm, sei mir wieder gut! Tu löst sie her, wir werden heiraten, zum Herbst bist du meine Frau.“

„Johann! Kein Wohnrecht, keine Trauung! Kein Pfarrer traut uns, wenn uns keiner Wohnrecht gegeben hat!“

„Et wenn wir nirgends unterkommen, dann ziehen wir in die Stadt.“

„Das soll aber auch nicht möglich sein.“

„Ja, aber Johann ist doch auch in die Stadt gezogen!“

„Johann, von Johann laß uns schweigen; mit dem wurde damals die Schande zugebedt; er wurde nur aufgenommen unter der Bedingung, daß er dem Ratsherren sein altes Dienstmädchen heiratete, mit welcher — ach, ich red', ich hab' gar kein Recht, dem Mädchen einen Schandstiel anzuhängen.“

„Ach, schweig doch still von solchen Sachen! Wenn wir bis zum Herbst kein Wohnrecht haben, dann ziehen wir fort, mit Sad und Pack; dann ziehen wir den Leuten aus Aramesdorf nach; dann ziehen wir nach Amerika.“

Sie umfachte ihn und sah ihn an.

„Ach, wie gern ging ich mit dir, Johann! So weit der Himmel blau ist, ging ich mit dir! Du weißt, ich bin nicht verzagt, ich würde gern übers Wasser gehen; aber meinen alten Vater verlassen, das wäre von all den schlechten Taten, das schlimmste, was ich ihm tun könnte. Mein, nein, wenn du hier nicht unterkommst, bin ich verloren, dann ist's vorbei mit dir und mir. Und wenn mein armes Kind heute oder morgen geboren wird, wird uns unsere Liebe zu Gift; denn ist das ganze Leben, das uns noch bleibt, verflucht, und wir gehen im ganzen Lande als ein lüderliches Paar. Dann wächst die Schande von Jahr zu Jahr, und wenn es einmal zum Sterben kommt, werden unsere Kinder unsere Schande erben. O Gott! Wenn ich nicht einmal auf meinem Lager träume und du kümmele nicht um mich herum sein, und du kümmele mich nicht so treu ansehen, wie du es sonst tatest, Johann, dann würde ich, die dich so sehr liebte, in Fluch und Haß von Gottes Erde scheiden.“

Sie ließ ihn los und stieß ihn vor sich, als wär' das jetzt schon ihr letztes Wort. Er knirschte mit den Zähnen, als wär' es jetzt schon so gekommen, wie sie sagte, und er sprang auf und stellte sich vor sein Mädchen hin mit vor Wut glühenden Augen. Das ganze Gesicht brannte, so war ihm das Blut zu Kopf gestiegen.

„Mädchen“, rief er, „Marie, wenn das so kommen sollte, soll sie alle der Teufel holen! Ich sñht mich schinden und mit Fñhen treten, ich bin es ja nicht anders gewöhnt; doch wenn es mit dir einmal so endet, dann soll ein Donnerwetter drein schlagen, dann sollen den Herren die Augen abergehen.“

Das Mädchen sprang in die Höhe bei diesem unvorhergesehenen Wutausbruch.

„O Gott, Johann“, rief sie erschrocken, „was hab ich gesagt, was hab ich getan.“

Sie umfachte ihn und zog ihn heran.

„O, sei doch still, Johann, laß das!“

Er machte sich los, schob sie zurück und preßte ihre beiden Hände in den seinen zusammen.

(Fortsetzung folgt.)

Keines Feuilleton.

Etwas über das Ultramikroskop.

Kürzlich erschien in der „Frankfurter Zeitung“ eine Notiz über die Untersuchung des menschlichen Atems durch das Ultramikroskop. Es wurde dort ausgeführt, man brauche nur gegen eine Glasplatte zu hauchen und diese logisch nach dem Verschwinden des Hauches mit dem Ultramikroskop zu betrachten, um so die im Atem enthaltenen Bakterien erkennen zu können. Mancher Leser wird sich damals vielleicht die Frage vorgelegt haben, was eigentlich unter dem Ultramikroskop zu verstehen sei. Was ein Mikroskop ist, weiß jedermann (wenigstens oberflächlich), ist doch das Mikroskop bereits seit etwa 300 Jahren bekannt und im Gebrauch. Die Betrachtung von Gegenständen mit dem Mikroskop liegt, wie bekannt, die Abzucht zu Grunde, dem Auge ein getreues Abbild der Details des betreffenden Körpers in solcher Vergrößerung zu bieten, daß sie bequem wahrnehmbar sind. Der Abbildung seiner Einzelheiten ist jedoch eine Grenze gesetzt, die durch keine noch so starke Vergrößerung überschritten werden kann. Objekte, die einen Durchmesser von einem vierter tausendstel Millimeter haben, können noch eben mit dem Mikroskop erkannt werden. Für die Untersuchung und Sichtbarmachung noch kleinerer Teilchen (auch ultramikroskopische Teilchen genannt), die also jenseits (= ultra) der durch das gewöhnliche Mikroskop gezogenen Grenze der Erkennbarkeit liegen, dient das Ultramikroskop. Es existiert erst seit verhältnismäßig kurzer Zeit; im Jahre 1903 wurde es von Siedentopf und Zsigmondy in Viena konstruiert. Die beiden Forscher hatten sich die Aufgabe gestellt, das Rubinglas näher zu untersuchen, ein Glas, dessen tiefrote Farbe, wie man jetzt weiß, von den in ihm gleichmäßig verteilten und in außerordentlich großer Anzahl anzutreffenden winzig kleinen Teilchen aus metallischem Gold herrührt. Dem durch das gewöhnliche Mikroskop schauenden Auge erscheint dieses Glas als gleichmäßig rot gefärbte Masse.

Die Goldteilchen sind eben so klein, daß man sie auf die gewöhnliche Weise nicht mehr zu erkennen vermag. Der Nachweis ihrer Existenz gelang erst durch die Konstruktion des Ultramikroscopes. Es stellt in der Hauptsache eine verfeinerte Form des gewöhnlichen Mikroscopes dar. Der prinzipielle Unterschied besteht darin, daß das Verändern, kleine Objekte sichtbar zu machen, unter Verzichtleistung auf übliche Abbildung stark erhöht wird. Diese Steigerung beruht im wesentlichen auf folgenden Erwägungen: Staubteilchen, die in einem dunklen Zimmer frei in der Luft schweben, werden, wie man weiß, sofort sichtbar, sobald ein Bündel Sonnenstrahlen durch einen Spalt hindurch in das Zimmer dringt. Die Voraussetzung dabei ist, daß das Auge des Beobachters ungefähr in einer zu den Sonnenstrahlen senkrechten Ebene auf die erhellen Teilchen schaut. Hierbei gelangt naturgemäß nur das Licht jeder einzelnen Staubpartikel, die als selbstleuchtender Körper auf dunklem Grund erscheint, in das Auge, hingegen keiner der zur Beleuchtung dienenden Strahlen. Damit ferner nur das Licht eines einzelnen Teilchens vom Auge aufgenommen wird, muß die beleuchtete Schicht möglichst dünn sein, weil sonst eine zu große Anzahl von Teilchen sichtbar wird, jedoch beinahe homogenes Leuchten entsteht und einzelne Partikel nicht mehr zu erkennen sind.

Ebendort und Zsigmondy leiteten nun das in ein verdunkeltes Zimmer einfallende Sonnenlicht — anstelle dessen auch mit Erfolg das Licht einer Gaslampe verwendet wurde — durch ein System von Finnen und Blenden in der Weise, daß eine nur wenige Tausendstel von Millimetern dicke Schicht des zu untersuchenden Gegenstandes von der Seite her beleuchtet wurde. Sontzeit hierzu stellten sie ein Mikroskop auf. Die in der dünnen Schicht von Rubinglas vorhandenen Goldteilchen zeigten sich nun tatsächlich und zwar als einzelne Lichtpunkte auf dunklem Grund. Die Größe derselben wurde schätzungsweise bestimmt. Sie betragt winzige Bruchteile eines Millimeters. Allgemein hat man ermittelt, daß die Teilchen, die im ultramikroskopischen Gebiet liegen, einen Durchmesser von 5 bis 200 Millionstel Millimeter haben.

Das Ultramikroskop ist heute unentbehrlich geworden und leistet auf den verschiedensten Gebieten schätzenswerte Dienste. In der Medizin wird es vorteilhaft zur Untersuchung von Bakterien verwendet. In der Textilindustrie ist neben der mechanischen Prüfung der Spinnfasern (zum Beispiel durch die Zerreißmaschinen) eine solche vermittelte Ultramikroskopie von Vorteil. Dem die Faserprobe zeigt nur die Eigenschaften der Fasern, nicht aber die Ursache dieser Eigenschaften: die innere Struktur der Faser. Diese ist nur mit dem Ultramikroskop wahrnehmbar. Endlich sei noch seiner Verwendung in der Kolloidchemie gedacht, die dadurch ein ganz anderes Gepräge erhielt. (Fritz Sig.)

Wieviel Pflanzenarten kennen wir?

Wir lesen im „Prometheus“: Vor ungefähr 2200 Jahren kannte Theophrastus etwa 500 verschiedene Pflanzenarten, und 300 Jahre später, zu Anfang unserer Zeitrechnung, zählte Dioscorides deren ungefähr 600. Um das Jahr 1650 kannte Bauhin 5266 Pflanzenarten, und auch Linne konnte um die Mitte des 18. Jahrhunderts nur 8551 verschiedene Pflanzenarten anführen. Schon 1819 aber zählte de Candolle allein 30 000 verschiedene Pflanzenarten, d. h. Blüten tragende Pflanzen. 1845 kannte Lindley deren etwa 80 000, und im Jahre 1885 gab Duchartre die Zahl der bekannten Pflanzenarten mit 100 000 an, an Arthropagen, d. h. sich durch Sporen fortpflanzenden Gewächse, zählte er 25 000. Sieben Jahre später wurde von Saccardo die Zahl der bekannten Pflanzenarten mit 174 000 angegeben — darunter aber 105 000 Pflanzenarten —, und heute gibt Prof. Charles V. Bailey von der Universität Nebraska die Zahl der Pflanzenarten, die den Botanikern ziemlich allgemein bekannt sind, mit ungefähr 210 000 an. Wie bescheiden nimmt sich demgegenüber die von Linne vor anderthalb Jahrhunderten angegebene Zahl von 8551 Arten aus. Und doch sind die 210 000 vielleicht nicht viel mehr als die Hälfte des Pflanzenreichs der Natur, denn Bailey glaubt, daß die Gesamtzahl aller auf der Erde existierenden Pflanzenarten ungefähr 400 000 betragt.

Wie alt sind die Wolkenkratzer? Nicht jedem wird es geläufig sein, daß die Wolkenkratzer, die Wahrzeichen amerikanischer Riesentäler, noch kein Vierteljahrhundert alt sind. Das Jahr ihrer Erfindung ist 1888, und ihr Erfinder der Baumeister Bidart Lee Gilbert. Er hatte ein Gebäude zwischen der New Street und dem Broadway zu bebauen, für das am Broadway nur eine Straßenfront von 6 1/2 Metern vorhanden war. Um nun diese geringe Breite doch ausnützen zu können, kam er auf den Gedanken, das, was an der Breite fehlte, an der Höhe zuzufügen. Die Bauvorschriften erließen ihm zwar genaue Bestimmungen über die Dicke der Mauern, aber keine über die Anzahl der Geschosse, die übereinander gebaut werden dürften. Gilbert reichte daher der Baupolizei die Pläne zu einem Wolkenkratzer ein und erhielt, so erzählt das Iron Age, am 17. April 1888 dafür die Genehmigung. Zuerst verhielt man sich wegen der vielen und hohen Treppen dem Wolkenkratzer gegenüber recht misstrauisch, aber bereits im nächsten Jahre hatten die Erfinder elektrische Aufzüge gebaut, die ihren Aufgaben völlig gerecht wurden, und seit dieser Zeit hat man in Amerika einen Wolkenkratzer nach dem andern gebaut.

Die Zentralbibliothek Kötzingen, Bellerstraße 20, ist geöffnet Mittwochs und Freitags abends von 7 1/2 bis 9 Uhr und Samstags vormittags von 11 bis 12 Uhr.